

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,60 M.
in voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einzelständig 60 Bl., Postzeitungs- und
72 Bl. Postbezuggebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Druckschen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Volk
und Welt“, Ferner „Frauenstimme“,
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“, „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
6. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaßige Konparatortabelle 80 Bl.
Reklametabelle 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 75 Bl.
Geldstück (mit festgedrucktem Wort), jedes
weitere Wort 12 Bl. Neben 12. Zeit-
verlangung hat eine Wort 15 Bl.
Ihren weiteren Blatt 10 Bl. Wörter über
12 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familien-
anzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbürostraße 3, modern-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poltschekkonto: Berlin 37 036. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Meidet den Volksentscheid!

Niemand lasse sich terrorisieren! — Wer glaubt, hingehen zu müssen, kann mit „Nein“ stimmen!

Der Antische Preussische Pressedienst schreibt:
Jeder verfassungswidrige Zwang zur Beteiligung an der Ab-
stimmung beim Volksentscheid auf Auflösung des Preussischen Land-
tags ist unstatthaft. Es darf niemand durch Drohungen oder durch
Hinweis auf irgendwelche Nachteile wirtschaftlicher oder persönlicher
Art oder gar durch Nötigung und Gewaltandrohung veranlaßt wer-
den, gegen seinen Willen an der Abstimmung teilzunehmen. Wer
trotzdem Schädigungen — etwa in seiner Stellung als Arbeit-
nehmer oder als selbständiger Geschäftsmann — be-
fürchtet, falls er nicht zur Abstimmung geht, hat, wenn er Gegner
des Volksentscheids ist, die Möglichkeit,

entweder einen unbeschriebenen, also ungültigen
Zettel abzugeben oder sein Kreuz in den Kreis des
Stimmzettels zu setzen, vor dem das Wort „Nein“
steht.

Niemand, der unter Zwang und Druck sich seinerzeit beim
Volksbegehren in die offenen Listen eingetragen hat, ist des-
halb nun etwa auch verpflichtet, jetzt für den Volksentscheid zu
stimmen. Im Gegenteil: beim Volksentscheid wird wie bei einer
Reichstagswahl das Wahlgeheimnis absolut gewahrt; nie-
mandem kann also ein Schaden erwachsen, wenn er mit „Nein“
stimmt oder einen ungültigen Zettel in dem von den Reichstagswahlen
her bekannten verschlossenen Umschlag abgibt.

Schacht gegen Brüning.

Er will auf einmal Otto Braun stürzen.

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß er
am Sonntag der Wahlurne fernbleiben werde, hat eine
Gegenerklärung von deutschnationalen und nationalsozia-
listischen Herren hervorgerufen. Es haben unterzeichnet:
Duesterberg und Boebhels, Hugenberg und Madenien und
andere. Der Name Thälmann fehlt. Dafür finden wir
den Namen Dr. Hjalmar Schacht.

Herr Schacht hat sich schon wieder anders herumgelegt.
Es ist erst ein paar Tage her, daß Herr Schacht auf seiner
Suche nach einer repräsentativen Position für sich selbst gegen-
über Leuten, von denen er annahm, daß sie das Ohr des
preussischen Ministerpräsidenten hätten, die Erklärung abgab,
Deutschland brauche eine vernünftige Regierung, und die sei
nur unter Führung Otto Brauns möglich.

Oder sollte Herr Schacht für den Volksentscheid eintreten,
um Otto Braun von der Bürde der preussischen Minister-
präsidentenschaft zu befreien und ihn für das Reichkanzleramt
freizumachen?

Aber wir glauben nicht, daß die Herren Mitunterzeich-
neten damit einverstanden sein würden!

Brüning vor der Italienreise.

„Zwanglose Besprechung“ mit Mussolini.

Anlässlich der Abreise des Reichskanzlers und des Reichs-
ministers des Äußeren nach Rom hat der Reichskanzler folgende
Erklärung abgegeben:

Meinem Kollegen und mir ist es eine besondere Freude, die Reise
nach Rom anzutreten und so Gelegenheit zu finden, den hervor-
ragenden Chef der italienischen Regierung persönlich kennen
zu lernen. In Deutschland ist man sich dessen bewußt, daß alle
politischen Entscheidungen Italiens in diesen Jahren von dem Gefühl
ernstlicher Verantwortung für Europas Befriedung und wirt-
schaftliche Wiederaufrichtung getragen war — zwei Ziele, in denen
Deutschlands und Italiens Interessen sich durchaus begegnen. In
diesem Sinne möchte ich der Hoffnung auf einen harmonischen und
erfolgreichen Verlauf der bevorstehenden zwanglosen und
freundschaftlichen deutsch-italienischen Be-
sprachungen Ausdruck geben.

Abgefahren.

Mit dem fahrplanmäßigen Zug Berlin—München—Rom sind
Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius im
Begleitung von Oberregierungsrat Dr. Pland und Legationsrat
Dr. Thomlen, dem Referenten für Italien beim Auswärtigen Amt,
um 10 Uhr vom Anhalter Bahnhof abgereist.

Geht nicht hin!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands beschloß am Mittwoch, allen preussischen
Wählern und Wählerinnen dringend zu empfehlen, dem
Volksentscheid für die Auflösung des Preussischen Land-
tags fernzubleiben.

Wer sich durch Zwang irgendwelcher Art genötigt
fühlt, dennoch zur Abstimmung zu gehen, möge durch
Streichung der Worte Ja und Nein den
Stimmzettel ungültig machen oder mit Nein
stimmen.

Ausweisungspflicht beim Volksentscheid.

Wie der Antische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Mi-
nister des Innern durch Rundpruch sämtliche Regierungspräsidenten
angewiesen, zur Unterrichtung der Wahlvorsteher in
allen Kreisblättern unverzüglich darauf hinzuweisen, daß
nach § 64 Abs. 4 der Landeswahlordnung jeder Stimmberechtigte sich
auf Ersfordern dem Abstimmungsamt über seine Person
auszuweisen hat; dieses Verlangen ist in allen Fällen zu
stellen, in denen die Identität der erschienenen mit der stimm-
berechtigten Person nicht unbedingt feststeht. Ferner hat
der Minister des Innern darauf aufmerksam gemacht, daß alle Land-
räte dafür Sorge zu tragen haben, daß jeder verfassungs-
widrige Zwang zur Beteiligung an der Abstim-
mung unterbleibt.

Als der Zug abfuhr, brachte das zahlreiche Publikum, das sich
auf dem Bahnsteig befand, den abreisenden deutschen Vertretern
herzliche Abschiedsgrüße dar.

Attentat in Karlsruhe.

Ein Geistesgestörter schießt auf den ersten Bürgermeister.

Karlsruhe, 5. August, (Eigenbericht.)

Auf den sozialdemokratischen ersten Bürgermeister der
Stadt Karlsruhe wurde am Mittwochvormittag ein
Attentatsversuch unternommen. Ein vor einiger Zeit
wegen vermindelter geistiger Fähigkeiten zur Ruhe gesetzter
städtischer Beamter, der sich dem Reichspräsidenten und der Reichs-
regierung wiederholt in größeren Eingaben als der wahre Helfer
und Retter Deutschlands vorgestellt hatte, verschaffte sich Eintritt
in das Zimmer des Bürgermeisters und verlangte von ihm Vor-
schuß auf sein Ruhegehalt. Der Bürgermeister, der in der Angelegenheit
nicht zuständig ist, wußte den Mann abweisen. Der „Retter“ gab
daraufhin aus einem Browning einen Schuß auf den Bürgermeister
ab. Der Schuß ging jedoch fehl. Der Täter wurde sofort in Haft
genommen.

Heraus zum Kampf gegen den Volksbetrug der Hitler, Hugenberg und Thälmann!

Morgen, Freitag, den 7. August, 20 Uhr

Große Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Saalbau Friedrichshain — Kliems Festsäle,
Hasenheide 15 — Spichernsäle, Spichernstr. 3
— Hochschulbrauerei, Seestraße — Atlantik-
Säle, Behmstraße 5, Ecke Badstraße

Redner:

Clara Bohm-Schuch, Arthur Crispian, Wilhelm
Dittmann, Käthe Kern, Paula Kurgaß, Franz
Künstler, Karl Litke, Georg Maderholz, Otto
Meler, Toni Sender, Mathilde Wurm

Fragen über die Danat.

Die Sanierung muß aufgeheilt werden.

Wir haben wiederholt an der Methode der Danatbank-
Sanierung, bei der das Reich das Geld gibt, aber industrielle
Großinteressenten die Aktionäre werden, Kritik geübt und sie
für unvereinbar mit den öffentlichen Interessen erklärt. Die
„Königliche Zeitung“ schreibt heute:

Von gewerkschaftlicher Seite ist gegen die bekannte Sanierung
der Danatbank durch Bereitstellung von Industriemitteln im Gesamt-
betrag von 43 Millionen Mark (36 Millionen Mark nominal) ein-
gewandt worden, daß die Sanierung der Danatbank nicht durch
die eigenen Schuldner der Bank hätte erfolgen dürfen. Hierzu
sei festgestellt, daß von den Uebernehmern der erwähnten
36 Millionen Mark Danatbankaktien nicht ein einziger zu
den Schuldner der Danatbank gehört, daß diese Geld-
geber vielmehr ganz überwiegend die Gläubiger der Danatbank sind,
zum anderen Teil sind sie unbetätigt. Es ist selbstverständlich, daß
auch diese jungen Aktien genau so wie das alte Aktienkapital der
Danatbank keinen Nutzen aus der Reichsbürgerschaft
haben, und daß diese Kapitalumwendung für die Uebernehmer
praktisch als verlorener Zuschuß anzusehen ist.

Wir halten es nunmehr für dringend notwendig, daß zu-
nächst einmal durch eine verantwortliche Erklä-
rung der Reichsregierung oder des von ihr ein-
gesetzten Reichskommissars die tatsächlichen
Vorgänge bei der Sanierung der Danatbank klarge-
stellt werden. Bisher ist lediglich durch ein Kommuniqué
mitgeteilt worden, daß die zur Verfügung gestellten Aktien
von einer Gruppe großindustrieller Firmen übernommen
worden sind. Dabei handelt es sich nicht, wie die „Königliche
Zeitung“ meint, um eine „Bereitstellung von Industrie-
mitteln“, sondern es handelt sich darum, daß das Deutsche
Reich den Kaufpreis auf fünf Jahre vorgestreckt hat. Die
Mittel werden also von dem Deutschen Reich bereitgestellt,
nicht von der Industrie. Die Industrie gibt keine
Mittel, sie erhält aber offenbar die Herrschafts-
position des Großaktionärs. Es ist falsch zu sagen, daß
die Aktionäre keinen Nutzen von der Reichsbürgerschaft haben.
Gewiß, das Reich leiht ihnen nur das Geld, es kann ihnen
nicht auch noch den Kurs der Aktien garantieren. Aber
die Reichsbürgerschaft gegenüber den Gläubigern der Danat-
bank ist doch die Grundlage für die Wiederaufnahme ihrer
Arbeiten, für die Möglichkeit einer später sich wieder ent-
faltenden Rentabilität, und deshalb ziehen selbstverständlich
auch die Aktionäre, die neuen wie die alten, Nutzen aus dieser
Hilfsleistung der Reichsbürgerschaft. Was schließlich die Be-
hauptung anbelangt, daß von den neuen Uebernehmern der
Danatbank-Aktien nicht ein einziger zu den Schuldnern der
Danatbank gehört, so möchten wir über diesen Punkt eine
verantwortliche amtliche Äußerung hören. Wir glauben, daß
es notwendig wäre, einmal die Liste der an der Uebernahme
dieser Aktien mit den Mitteln des Reichs beteiligten Indu-
striefirmen zu veröffentlichen. Wir glauben, daß es weiter
notwendig ist, eine verantwortliche Erklärung darüber abzu-
geben, ob wirklich weder eine der Gesellschaften,
die an dieser Aktienübernahme beteiligt sind, noch einer
der Direktoren dieser Gesellschaften, noch einer
ihrer Großaktionäre zu den Schuldnern der Danat-
bank gehören.

Es sind nicht gerade die Gewerkschaftskreise, in denen
man sich sehr viel über die Verschuldung großindustrieller
Interessenten, zum Teil in der Form von Aktienbeleihungen,
bei der Danatbank erzählt. Vielmehr sind es sehr bürgerliche
Bankkreise, in denen diese Behauptung immer wieder ausge-
sprochen wird. Wir wollen dabei keine Zweifel lassen, daß
es gar nichts befagt für die von uns geübte Kritik, wenn
man zum Beispiel erklärt, daß der Stahlverein ein Guthaben
bei der Danatbank hat. Es gehört, um die Interessen-
zusammenhänge zu beurteilen, auch dazu, zu wissen, ob Herr
Fild, der bekannte Besitzer großer schwerindustrieller
Aktienpakete, Schulden gegen verpfändete Aktien bei der Bank
hat. Diese Frage gibt nur ein Beispiel dafür, wie wenig mit
einer Erklärung, wie sie die „Königliche Zeitung“ gibt und
für die natürlich niemand die Verantwortung trägt, getan
sein kann.

Wir glauben weiter, daß dringend klargestellt sein muß,
wie eigentlich das Verhältnis zwischen dem den Kredit
gebenden Reich und den Uebernehmern der Aktien gestaltet
worden ist. Haben die neuen Aktionäre das Recht, ihre
Aktien zu verkaufen? Gelegenheit dazu könnte es
in der nächsten Zeit unter Umständen ganz vorteilhaft geben,
wenn es zum Beispiel richtig ist, daß die Baiffe-Positionen für
die Danatbank-Aktien zwischen 10 und 40 Millionen Mark
geschätzt werden. (Das heißt, daß Verkäufe getätigt werden

sind von Leuten, die die Aktien nicht besitzen und sie nun zu dem Zeitpunkt, an dem sie zu liefern verpflichtet sind, sich die Aktien beschaffen müssen, auch wenn sie dafür mehr bezahlen müssen, als sie von ihren Käufern erhalten.) Dann liegt nämlich ein sehr bedeutender Deckungsbedarf der Spekulation vor, der bei der Knappheit an nicht gebundenen Aktien unter Umständen sogar Verkaufsmöglichkeiten zu Kurzen schaffen kann, die über 125 Proz. liegen. Mangels näherer Aufklärung müßte man also sogar den Fall für möglich halten, daß die neuen Aktionäre ihre Aktien, für die sie den zinsfreien Kredit des Reiches empfangen haben, mit Kursgewinn weiter veräußern können, wobei sie dann, wie wir annehmen, anständigerweise bereit sein würden, den Reichskredit zurückzahlen und ihn nicht für andere Zwecke verwenden würden. Wir wollen natürlich hoffen, daß sich das Reich, das ja doch die Mittel zur Verfügung stellt, auch in der Richtung gesichert hat, daß es bei einem eventuellen Verkauf mit Kursgewinnen den Gewinn in seine Tasche und nicht in die Tasche seiner industriellen Freunde leitet.

Da wir nun einmal sehr neugierig sind, wünschen wir weiter zu wissen, wie es mit dem Stimmrecht dieser auf Reichskosten der Industrie übergebenen Aktien steht. Auch hier wollen wir hoffen, daß das Reich sich, mindestens solange sein Darlehen nicht zurückgezahlt ist, die volle Verfügung über das Stimmrecht der Aktien gesichert hat.

Es besteht in der Öffentlichkeit, und zwar keineswegs nur in gewerkschaftlichen Kreisen, sondern auch in solchen Kreisen der Bank- und Industriewelt, die unduldsam sind gegen jeden Schwindel, an dem sie nicht beteiligt sind, das schwerste Mißtrauen gegen die Danatbank-Sanierung auf Reichskosten durch Industriebeteiligung. Auf Grund dieses Mißtrauens muß zunächst einmal das Dunkel, das bisher über der ganzen Transaktion liegt, aufgehellt werden, es müssen zum mindesten die hier aufgeworfenen Fragen klar und unzweideutig beantwortet werden. Erst dann kann man weiter darüber reden, ob vielleicht unser Mißtrauen in einigen Punkten übertrieben war. Wir fordern deshalb mit allem Nachdruck eine amtliche Aufklärung, die ja um so leichter zu geben sein muß, als es doch einen Reichskommissar bei der Danatbank gibt, der die notwendigen Kontenprüfungen vornehmen kann.

Die Stammrolle des Stahlhelm.

Gefährliche militärische Spielerei.

Stuttgart, 5. August. (Eigenbericht.)

Die Stuttgarter Ortsgruppe des Stahlhelm hat dieser Tage an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben zum Versand gebracht:

„Der Stahlhelm Stuttgart, den 19. Juli 1931.
Bund der Frontkämpfer
Ortsgruppe Stuttgart.
Postfach 757.“

An alle Kameraden!

Der anhängende Fragebogen ist von allen Kameraden, auch den passiven, deutlich und sorgfältig auszufüllen und spätestens bis 27. Juli, wieder an unser Postfach 757 einzulenden. Kameraden, die bis zu diesem Zeitpunkt den Bogen nicht eingesandt haben, bringen zum Ausdruck, daß sie auf weitere Zugehörigkeit zu unserem Bund keinen Wert legen!

„Frantheil!“

gez. J. R. Kriming, D. S. F.

Hier abtrennen.

Geburtsort: Staatsangehörigkeit:
militärisch ausgebildet? Waffengattung?
wann entlassen? Dienstgrad?
Besondere militärische Kenntnisse: (Nachrichtendienst, etc.)
Jetziger Beruf (bei Handwerkern und Facharbeitern Angabe, ob selbstständig oder Dienstverhältnis, Meister, Geselle, Lehrling usw., bei Beamten Angabe, ob Gemeinde-, Staats- oder Reichsdienst):
Angabe, ob vertraut mit Behandlung und Pflege von Pferden:
reitfähig:
Kraftfahrwesen; Fahrzeug, Klasse
vertraut mit Reparaturarbeiten an Kraftfahrzeugen?
Eigenes Kraftfahrzeug: Art:
Nr. Motorstärke in PS: Platzzahl einchl. Fahrer:
Im Arbeitsdienst ausgebildet? Durch wen?
Mitglied der Technischen Rothilfe: Jungstahlhelm
Wehrsport:
Alter aktiver Kamerad (über 35 Jahre): (Richtigzutreffendes durchstreichen.)
Fernsprecher: Wenn kein eigener Anschluß, durch wen fernmündlich zu erreichen: Nr.:
Name:
Des Kameraden Vor- und Zuname:
Wohnung: Ort Straße
Deutlich mit Tintenstift (nicht Tinte) schreiben! Als Brief geschloffen einsenden!

Lehnliche Rundschreiben sind u. B. außer in Stuttgart auch anderswo an die Mitglieder des „Stahlhelm“ verdrückt worden, und zwar, wie es scheint, auf Anordnung der Bundesleitung des Stahlhelm. Etwa um einen Bußschuß vorzubereiten? Im übrigen ist die militärische Gliederung von Verbänden, wie sie vom Stahlhelm jetzt betrieben wird, gesetzwidrig.

Antwort an Hakenkreuzjünglinge.

Sindenburg wird deutsch.

Als der Reichspräsident nach Reudel nach Berlin zurückkehrte, kam er durch das westpreussische Städtchen Rosenburg. Als er den Bogen verließ, schrien einige Nationalsozialisten: Deutschland erwache!

Sindenburg drehte sich um und rief den Schreibern zu: „Heute regieren Männer und nicht Lämmel!“
Der Borgang hatte ein Nachspiel. Der Magistrat von Rosenburg veröffentlicht in der Lokalpresse die folgende Erklärung:

„Der hiesige Magistrat hatte dem Herrn Reichspräsidenten in einem Schreiben sein größtes Bedauern ausgesprochen über die Vorfälle, die sich bei der Abreise des Herrn Reichspräsidenten am 14. n. M. auf dem hiesigen Bahnhof abgespielt hatten.“

Der Herr Reichspräsident hat jetzt dem Magistrat unter dem 29. n. Mts. mitgeteilt, er ersehe aus dem Schreiben mit Genugtuung, daß die ihm zugefügte Ungehörigkeit mißbilligt werde; er sei bereit, diese zu verzeihen.“



Die Hauptsache!

Platz für schwarzweißrote Parteibuchbeamte gesucht.

Es liegt uns ein Rundschreiben des Landesverbandes Pommern der Deutschnationalen Partei vor, in dem alle Kreisgruppenvorsitzenden der Deutschnationalen Partei in Pommern aufgefordert werden, sofort die Namen und die politische Einstellung der leitenden Beamten aller in dem Bezirk Pommern liegenden Behörden festzustellen. Vor allem wird Gewicht gelegt auf die Regierungs- und Polizeibehörden, die Finanzämter, Reichsbahn usw. Diese Feststellungen sollen, wie es in dem geheimen Rundschreiben ausdrücklich heißt, getroffen werden im Hinblick auf die in Kürze zu erwartende politische Umgruppierung und die damit verbundene Neubesezung von Beamtenstellen.

Wer ruft den polnischen Landarbeiter?

In seinem Volkseinsatzblatt Nr. 4 polemisiert der „Stahlhelm“ gegen die Sozialdemokraten in der preussischen Regierung wie folgt:

„Wie kann man nationale Wirtschaft von Leuten erwarten, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, und denen der ausländische Arbeiter ebenso nahesteht wie der deutsche.“

Das kurze Gedächtnis der Stahlhelm-Führer allein ist keine hinreichende Entschuldigung für derartige Behauptungen. Befähigen sie auch nur eine Spur von Gefühl für das, was man Loyalität im politischen Leben nennt, so würden sie ihren gläubigen Anhängern einmal berichten, daß der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident seit Jahren ununterbrochen den schärfsten Kampf für die Herabsetzung und letzten Endes völlige Aufhebung des Kontingents der in Deutschland arbeitenden polnischen Landarbeiter geführt hat und noch führt, weil er mit Recht glaubt, daß aus der Millionenzahl deutscher Arbeitsloser bei an-

ständigster Behandlung und Unterbringung hinreichend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Wer aber hat diese Bemühungen zugunsten der deutschen Arbeitslosen immer wieder durchkreuzt? Der Großgrundbesitzer, der ohne polnische Landarbeiter nicht auskommen zu können behauptet und dessen Interessenvertretung, der Reichslandbund, gleichzeitig das Wort „national“ gepachtet zu haben glaubt. Hier könnte der Stahlhelm einmal nützliche Arbeit tun — wenn er nicht durch seine einseitige parteipolitische Feststellung daran gehindert wäre, den Kreisen wehe zu tun, die hinter seiner politischen Arbeit stehen.

Sittliche Erneuerer.

Die Rechtspresse veröffentlicht einen „Beruf von 30 Geistesarbeitern“ für den Volkseinsatz. Darin heißt es:

„Vor jeder unserer großen Aufgaben steht diese: Unser Volk mit neuer Achtung vor seiner Art, vor seiner Geschichte und vor den volkhaft-sittlichen Werten zu erfüllen. Wir erheben gegen die Linke den Vorwurf, daß sie in ihrem Machtbereich wissend und wollend diese Achtung untergraben und mithin zerstört hat. Die Herrschaft der Linken ist das große Hindernis für die sittliche Erneuerung unseres Volkslebens.“

Unter diesem Aufruf lesen wir u. a. den Namen Dr. Lueg-Brune. Das ist der Verteidiger der schleswig-holsteinischen Bombenleger. Er hat sich für seine Verteidigung an die 100 000 Mark ausbezahlen lassen, er hat mit Nichterscheinen beim Termin gedroht, falls er nicht erhebliche Vorauszahlungen erhalte, er hat ihm an Zahlungsstatt übergebene Wechsel so in Umlauf gebracht, daß schleswig-holsteinische Bauern in Bedrängnis gerieten, so daß auf ihn der Spruch geprägt wurde: Gegen den Steuerpänder konnten die Bauern sich schützen, aber gegen die Honorare nationaler Rechtsanwälte ist kein Kraut gewachsen.

Das will „sittlich erneuern“!

Schüler überfallen Jungsozialisten.

Eine saubere vom Reich subventionierte Schule!

Kassel, 5. August.

Eine Gruppe von Nationalsozialisten, vor allem Schüler der Kolonialschule zu Wickenhausen, überfielen nach einer nationalsozialistischen Versammlung in dem Werradörfchen Wenderöshausen eine Gruppe von Jungsozialisten, die nach einer Wanderung in einer Scheune Nachtquartier bezogen hatten. Sechs von ihnen wurden durch Armbrüche und schwer blutende Kopfwunden erheblich verletzt und mußten ins Krankenhaus von Wickenhausen eingeliefert werden.

Ein Teil der Angreifer wurde verhaftet. Bei einem der Festgenommenen wurde eine geladene Pistole gefunden. Die erste Untersuchung ergab, daß die Burschen nach der „Schlacht“ mit den Kleidern die Werra durchschwommen hatten und mit ihren nassen Anzügen in die Kolonialschule zurückgekehrt sind.

Die Kolonialschule von Wickenhausen ist, obwohl sie vom Reich subventioniert wird, durch ihre ausgesprochen reaktionäre Einstellung berüchtigt.

Die Stillhaltung in London.

Verhandlungen nicht beendet.

London, 5. August.

Unter Beteiligung eines Direktors der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft finden zur Zeit in der City von London Verhandlungen über die Durchführung der Stillhalteaktion statt. Sie stützen sich auf den sogenannten Luther-Plan, über den während der Berliner Verhandlungen eine gewisse allgemeine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt wurde und der insbesondere vorsieht, daß die auswärtigen Guthaben in Deutschland für mindestens sechs Monate in Deutschland belassen werden sollen. In die Verhandlungen spielt jetzt auch die Notverordnung über die Handhabung ausländischer Währungen in Deutschland hinein. An den Verhandlungen nehmen Vertreter der Banken Englands, Frankreichs und der Schweiz teil. Die holländischen Vertreter sind bisher noch nicht in London eingetroffen, sondern warten vorläufig die weitere Entwicklung ab.

Ueber die Verhandlungsgegenstände gibt der „Manchester Guardian“ folgende Einzelheiten: In den telephonischen Besprechungen mit dem Ausschuss der New-Yorker Bankiers habe sich herausgestellt, daß nur ein Teil für den Luther-Plan sei, während der andere die vorgeschlagene Zeitspanne von sechs Monaten für zu lang halte. Der Zinsfuß für die eingestellten Zahlungen sei ein weiterer Verhandlungspunkt. Ferner sei zur Erörterung gestellt worden, ob die von Ausländern gegebenen Markkredite genau so behandelt werden sollten wie die in fremder Währung. Die Vertreter der Schweiz nähmen für sich das Recht in Anspruch, ihre Markdepósitos aus Deutschland zurückziehen zu können, wobei sie auf die Vorgänge bei der Oesterreichischen Kreditanstalt hinwiesen und darauf aufmerksam machten, daß damals die nur in ausländischer Währung gegebenen Kredite nicht zurückgezogen werden durften. Sie wünschten auch das Abkommen lediglich auf Bankgläubiger zu beschränken, so daß andere Kreditoren ihr Geld ohne weitere Schwierigkeiten aus Deutschland zurückziehen könnten. Endlich bliebe auch noch die Frage der Erneuerungskredite zu erörtern, die einen großen Teil der gesamten kurzfristigen Schulden Deutschlands ausmachen, während die englischen Banken zu einer Garantie für die Erneuerung der gesamten Kredite bereit seien, hätten die Amerikaner und andere die Absicht,

unterschiedliche Vorschläge für die Behandlung dieser Erneuerungskredite vorzulegen. Es sei also noch verhältnismäßig viel zu tun, ehe man das Stillhalteabkommen als endgültig ansprechen könnte.

Einigung in New York.

New York, 5. August.

Der Hauptausschuß der amerikanischen Bankiers hat sich heute auf einen Plan zur Durchführung der Vorschläge des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther geeinigt. Der Plan sieht jedoch einige Abweichungen von den ursprünglichen Anregungen des deutschen Reichsbankpräsidenten vor.

In Erwartung des Volkseinsatzes.

Paris und die Rede des Reichsfinanziers.

Paris, 5. August. (Eigenbericht.)

Die Rede des Reichsfinanziers, die Enthüllungen über die finanziellen Schwierigkeiten der Deutschnationalen und endlich die Ankündigung, daß zahlreiche Volksparteiler und sogar Deutschnationale nicht für den Volkseinsatz stimmen werden, haben hier günstig gewirkt. Die genannten Faktoren berechtigen nach der Meinung zahlreicher Blätter zu der Annahme, daß der Volkseinsatz schließlich schlagen werde.

Bethlen-Polizei deckt Störenfriede.

Die sozialdemokratische Riesenkundgebung in Budapest.

Im Anschluß an den Internationalen Sozialistkongress in Wien hat die ungarische Sozialdemokratie in Budapest, wie schon kurz berichtet, eine Kundgebung von einem Umfang veranstaltet, wie sie seit Jahren dort nicht hat stattfinden können.

Die Partei in Ungarn leidet unter dem Terror der Magnaten. Die Hissung der roten Fahne oder der Gesang der Internationale wird mit monatelangem, ja jahrelangem Gefängnis bestraft. Einige Rückkehrer von der Olympiade, die vom Schiff aus in ungarischer Sprache den Gruß „Freundschaft“ erwiderten, wurden von einem mitgeführten Gendarmen sofort verhaftet. Unter diesen Umständen war es eine gewaltige Demonstration, als sich am Montagabend 25 000 bis 30 000 Arbeiter in dem großen Stadion der Hauptstadt eingefunden hatten, um die Reden der Genossen Vandervelde-Belgien, Löbe-Deutschland und Marion-Philips-England zu hören. Unter diesen Versammelten befand sich eine Gruppe von etwa 300 angeblichen Kommunisten, die durch Sprechchöre die Redner zu stören versuchten. Es läßt sich nicht genau feststellen, ob der Verdacht zutreffend ist, daß ein großer Teil davon im Einverständnis mit gewissen Behörden ihre Störungen vollführte. Jedenfalls war es auffällig, daß die in großen Massen, zu Fuß und zu Pferde, aufgebotene Polizei den Störungsherd zwar umstellte, aber nichts unternahm, um auch nur einen der Störenden festzustellen, während sie sonst mit ihren Eingriffen sehr rasch bei der Hand ist. Da aber die übrigen Tausenden vollkommene Disziplin bewahrten und die Reden mit stürmischem Beifall aufnahmen, gestaltete sich die Veranstaltung zu einem großen Erfolg unserer unterdrückten Genossen.

Polens Kinder militärisch gedrillt.

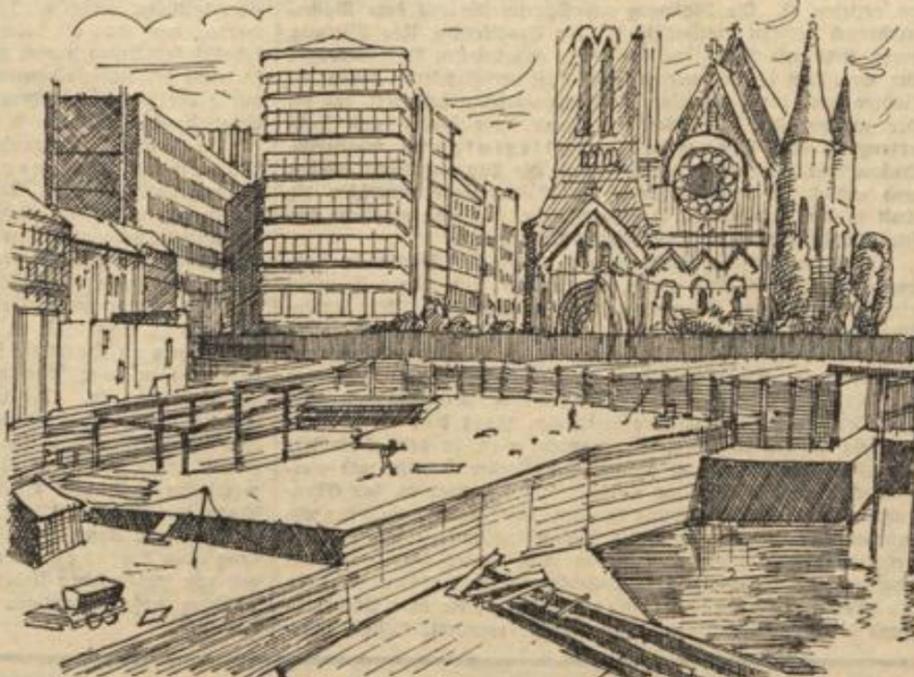
Handgranatentwerfen obligatorisch.

Mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 1. September wird die militärische Ausbildung der Schüler in sämtlichen Mittelschulen Polens obligatorisch.

Es wird ferner geplant, die Fachschulen mit den verschiedenen militärischen Waffengattungen in Einklang zu bringen, so daß z. B. die Schüler der elektrotechnischen Schulen ihre militärische Ausbildung bei den Verbindungs- und Nachrichtentruppen erhalten, die Schüler verschiedener technischer Lehranstalten den Pionieren zugeteilt werden usw. Die bereits vorhandenen Programme sehen u. a. vor eine Ausbildung als Schütze mit dem Armeegewehr, Handgranatentwurf, Bajonettstechen und größere Marschübungen.

Das neue Gesicht des Alex.

Abbruch und Aufbau — unter diesem Motto geht es schon seit Jahren rings um den Alexanderplatz bewegt und regsam zu. Langsam beginnt sich das neue Gesicht des Platzes zu formen. Schon steht das neue Bürohaus „Berolina“ in strahlender Helligkeit neben der verräucherten Bahnhofshalle. In fürchterlicher Enge rollt der zum Sammelverkehr unter der Bahnüberführung durch, um sich geradeaus in die Neue König- und rechts und links in die Alexanderstraße zu ergießen. In der Landsberger Straße triumphiert die Spitzhaube: Weisliche Schwaden von Mörtelstaub treiben über den Hausruinen, die in wenigen Wochen vom Erdboden verschwinden sein werden und die bis zum letzten Augenblick mit Reklameaufschriften und Ueberflutungshinweisen die vorübergehenden Passanten bearbeiten müssen. Vom Haus Nr. 78, einem graugrünen einstöckigen Bau, beginnt man eben die Dachziegel abzuziehen. Weiter fortgeschritten ist die Zerstörung bei den alten Häusern Nr. 68 und 70, an der Ecke der Kurze Straße. Die ausgebrochenen alten Ziegel stehen sauber aufgeschichtet am Straßenrand. Der breite Durchbruch zur Frankfurter Straße ist nun bis zur Georgenkirche gediehen. Wie ein im Großen ausgeführtes „Ankersteinbaufastenmodell“ steht sie mit ihren roten Backsteinen inmitten der Zerstörung; auf der einen Seite werden über der Betondecke der U-Bahnlinie nach Vichtenberg die letzten Kellerreste fortgeräumt. Hier soll sich das Gemeindehaus erheben. Vor der Kirche lagern in stufenförmigem Aufbau die mächtigen Betonfundamente für das kommende mit etwa 15 Stockwerken projektierte Hochhaus. Kein Zweifel, daß sich die Georgenkirche in der neuen Umgebung reichlich sonderbar ausnehmen wird. Schon sieht an ihrer nördlichen Flanke, an der Neuen Königstraße, das eben fertiggestellte Geschäfts- und Bürohaus „Alex“, zwar nur



Bürohausfundamente vor der Georgenkirche

5 Geschosse hoch, aber in modernster Aufmachung. Im Erdgeschosse die Apotheke „Zum schwarzen Adler“, während alle übrigen Büroräume noch die Mieter suchen. Schreitet man den schmalen Platz um die Georgenkirche ab, so kann man außer der Rüderschen Stiftung nur veraltete, auch viele vernachlässigte Häuser feststellen, die der breite Bau der Kirche gegen Sicht vom Alexanderplatz aus schützt. Nach wenigen Schritten begegnet man in der Neuen Königstraße einer ungeheuerlichen Fensterfront, die mit ihren 175 Metern die ganze Nachbarschaft erschlägt; das neue Karstadtbürohaus, mit dem achtstöckigen überhöhten Mittelbau, vorläufig nur ein Glied in der Reihe neuzeitlicher Bauten, die mit der Zeit um den Alexanderplatz emporschließen werden.

Wieder vier Personen ertrunken.

Im Laufe des Dienstags waren es, wie berichtet, fünf Ausflügler, die beim Baden außerhalb der Badeanstalten den Tod im Wasser fanden. Auch gestern hat der Badebetrieb wieder vier Todesopfer gefordert. In allen vier Fällen sind die Verunglückten beim Baden an verbotener Stelle ums Leben gekommen.

Im Teufelssee im Grünwald ging beim Schwimmen der 50jährige Schmied Paul Schmidt aus der Oberlandstraße in Tempelhof plötzlich unter. Der Unfall wurde erst sehr spät bemerkt und die Feuerwehr konnte nur noch die Leiche des Verunglückten bergen. — In Grana zwischen der Bammelde und der Rohrwinkel ertrank der 25jährige Schriftleiter Theodor Orzala-Howitz aus der Falkensteinstraße 20. Alle Rettungsversuche blieben erfolglos. — Auf eigenartige Weise kam im Teufelssee der 23jährige Schmiedmeister Friedrich Damerow aus der Brunerstraße 10 ums Leben. D. hatte sich an einen Ruderkahn

gehängt und wollte unter das Boot hinweg tauchen. Als er wieder an die Oberfläche kam, schlug er mit dem Kopf so heftig gegen die Seitenwand des Rahnes, daß er lautlos unterging. Obgleich D. bald geborgen werden konnte, waren die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. — Im Landwehrkanal, gegenüber dem Hause Planufer 36, ertrank in den heftigen Nachmittagsstunden beim Baden ein etwa 80 bis 90jähriger Schüler. Die Ermittlungen der Polizei nach den Personalien des Kindes waren bisher ohne Erfolg.

Die Schule fängt wieder an!

Berlins Bahnhöfe standen gestern unter dem Zeichen, daß die „großen Ferien“ zu Ende sind. Heute beginnt wieder der Ernst des Lebens, unsere Jungen und Jüngsten müssen auf die Schulbank zurück. Am stärksten war der Andrang auf dem Stettiner Bahnhof, da sah man ganze Rudel von Kindern, die wie die Indianerprühlunge aussahen und mit Rucksäcken, Koffern und Handtaschen beladen waren. Lehrer und Aufsichtspersonen

hatten alle Hände voll zu tun, um die ihnen anvertrauten Jungen und Mädchen durch den Wirbel des Großstadtverkehrs sicher hindurchzuführen. Die Reichsbahndirektion hatte vorsorglich Sonderzüge eingeschoben, so daß im wesentlichen Ueberfüllungen und Störungen vermieden wurden.

Mitläufer und Verhekte.

Der letzte Kommunistentrach vor dem Schnellgericht.

Es ist immer dasselbe: Keiner von den Angeklagten gehört der KPD an, niemand will an der Demonstration teilgenommen haben, sämtliche Polizeibeamte lagen unter ihrem Eide die „Unwahrheit“. Vor dem Schnellgericht hatten sich gestern sechs solcher Teilnehmer an der Antikriegsdemonstration in der Turmstraße und auf dem Alexanderplatz zu verantworten.

Die Menge kam der Aufforderung, die Straße zu räumen, nicht nach, die Beamten wurden mit Steinen beworfen, die Gummiknüppel traten in Aktion, auch die Pistolen mußten gezogen werden. Eine von den heutigen Angeklagten, eine 30jährige Frau, wußte z. B. nichts Besseres zu tun, als sich mit ihrem 10jährigen Jungen unter die Demonstranten zu mischen. Sie rief den Beamten zu: „Ihr seid ja auch Proleten, Bluthunde, schlagt sie nieder.“ Trotz der Ermahnung durch den Polizeileutnant, ihres Weges zu gehen, konnte sie sich durchaus nicht beruhigen und wurde schließlich festgenommen. Sie erhielt wegen Beleidigung 25 Mark Geldstrafe, auf die die Polizeihaft angerechnet wurde. Interessant war übrigens die Auslage der Frau selbst. Obgleich ihr 10jähriger Junge sie aufforderte: „Mama komm, sagte sie zu ihm: „Schen wir noch, was die Beamten machen.“

Ein Kohrleger kam der Aufforderung eines Beamten, weiterzugehen, nicht nach. Als dieser ihn fortschieben wollte, nahm der Mann einen Gegenstand in die Hand, stellte sich in Wurfstellung, ließ gleich darauf davon und wäre unter die Elektrische geraten, wenn Beamten ihn nicht zurückgerufen hätten; nun schlug er mit dem Ellenbogen um sich und sprang, bereits auf dem Polizeiwagen, wieder auf die Straße hinunter. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt bekam er zwei Wochen Haft.

Ein junger Rutscher glaubte sich herausnehmen zu dürfen, dem Beamten, der dem Befehl seines Vorgesetzten Folge leistend mit der Pistole in der Hand am Polizeiwagen stand, zuzurufen: Du hast wohl 'nen Vogel? Auch hier lautete die Strafe wegen Beleidigung auf 25 Mark.

Am Alexanderplatz lief ein junger Mitfahrer im vollem Galopp davon, obgleich der Beamte, der ihn zwangsstellen wollte, hinter ihm herrief: Stehenbleiben! Der Bursche lief einen anderen Beamten an und schlug auf ihn mit den Fäusten ein. Die Sache mußte zwecks weiterer Feststellungen verlagert werden. Gleichfalls am Alexanderplatz verfuhr ein Handlungsgehilfe in der Nähe von Tieg die Polizeifette zu durchbrechen und leistete der wiederholten Aufforderung, weiterzugehen, keine Folge. Wegen Nichtbefolgung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt gab es in diesem Falle 10 Tage Gefängnis. Sämtliche Angeklagten wurden aus der Haft entlassen.

Alles in allem: unbedeutende Fälle. Die eigentlichen Ruhebrüder, die Räbelsöhner und Heher, verstanden es stets, sich zu wehren, zurückzugehen.

Do X nach New York gestartet.

New York, 5. August.

Das deutsche Flugschiff Do X startete am heutigen Mittwoch, um 10 1/2 Uhr mittelenuropäischer Zeit, in Rio de Janeiro zum Flug nach New York. Die Flugstrecke führt über Caravelas. An Bord befinden sich 11 Fahrgäste, darunter 2 Frauen. Die Wetterverhältnisse sind ausgezeichnet. Für die Nacht ist eine Zwischenlandung in Bahia geplant.



Die Tische des Restaurants standen auf dem nackten Rasen. Das kaukasische Orchester vollführte eine eintönige Musik. Zwischen den Tischen konnte man ein kleines Mädchen sehen, das unter den Augen der beglückten Eltern spontan die Lezginka tanzte.

„Bestellen Sie etwas!“ sagte Bender. Der erfahrene Kischjarsti bestellte und es wurde Wein, Gemüse und salziger grusinischer Käse serviert. „Auch etwas zum Essen, wenn ich bitten darf“, sagte Ostap. „Wenn Sie wüßten, mein teurer Herr Kischjarsti, was ich und Herr Worobjew heute überstanden haben, würden Sie unseren Mut bewundern.“

— Wieder — dachte Kischjarsti — wieder beginnt meine Qual. Warum bin ich nicht in die Krim gefahren? — Er bestellte aber ohne Widerspruch drei Portionen gebratenes Schöpfensfleisch und wandte Ostap ein dienstbereites Gesicht zu.

„Also“, sagte Ostap, sah sich um und sprach dann mit leiserer Stimme, „in wenigen Worten. Wir werden bereits seit zwei Monaten bewacht und es ist sehr wahrscheinlich, daß wir morgen schon von Agenten der G. P. U. in unserem Verhörszimmer ausgehoben werden. Und wir werden wohl gezwungen sein, mit Waffengewalt vorzugehen.“

Kischjarsti erblickte. „Um so erfreuter sind wir“, setzte Ostap fort, „in dieser beunruhigenden Situation einem verlässlichen Kämpfer fürs Vaterland zu begegnen.“

„hm... ja!“ stieß Worobjew stolz zwischen den Zähnen hervor, der hungrigen Blut denkend, mit der er, unweit von Sioni, die Lezginka getanzt hatte.

Er stopfte seinen Mund mit Käse und Gemüse voll. Dabei deklarierte er sich am Aufstehen, wodurch der Genuß des Weins verlängert wurde. Ostap warf ihm einen bösen Blick zu und ein grünes Zwiebelchen blieb in Worobjews Kehle stecken.

„Ja“, flüsterte Ostap, „wir hoffen mit Ihrer Hilfe den Feind unschädlich zu machen. Ich werde Ihnen einen Parabellumrevolver übergeben.“

„Ich brauche ihn nicht“, sagte Kischjarsti entschlossen. Im nächsten Augenblick kam es heraus, daß es ihm nicht möglich sein werde, morgen an dem bevorstehenden Kampfe teilzunehmen. Es tate ihm sehr leid, er würde aber nicht kommen. Er kenne sich in militärischen Dingen nicht aus. Deshalb habe man ihn auch zum Vorsitzenden des Börsenrates gewählt. Er sei buchstäblich verzweifelt, persönlich nichts tun zu können, den Vater der russischen Demokratie nicht mit seinem Leben schützen zu können, dabei halte er unbedingt an der Konstitution fest, aber wie gesagt —, dagegen sei er eventuell bereit, wenn es nötig wäre, finanzielle Hilfe zu leisten.

„Sie sind ein treuer Vaterlandsfreund!“ sagte Ostap feierlich und trank zu dem duffenden Schöpfensfleisch den süßen Apianimein. „Fünfhundert Rubel könnten den Riesen des Gedankens retten?“

„Sagen Sie“, fragte Kischjarsti mit weinerlicher Stimme, „könnten nicht auch zweihundert Rubel den Riesen des Gedankens retten?“

Ostap konnte sich nicht mehr zurückhalten, unter dem Tisch stieß er Worobjew entzückt mit dem Fuß.

„Ich glaube“, sagte Worobjew, „daß Feilschen hier nicht am Platze ist.“

Er bekam gleich wieder einen Stoß in den Schenkel, was bedeuten sollte: — Bravo, Kissa, bravo, das ist Schule! —

Kischjarsti hatte zum ersten Male die Stimme des Vaters der russischen Demokratie vernommen. Dieser Umstand machte ihn so paß, daß er Ostap ohne Zögern fünfhundert Rubel übergab. Dann bezahlte er die Zechen, ließ die Freunde allein am Tisch zurück, klagte über Kopfschmerzen und entfernte sich. Eine halbe Stunde später sandte er an seine Frau nach Starogorod ein Telegramm: Deinem Räte folgend fahre ich in die Krim. —

Das Leben voll Entbehrungen, das Ostap die ganze Zeit über geführt hatte, verlangte eine Entschädigung. So war es nur logisch, daß sich der große Kombinator noch an demselben Abend im Bergrestaurant derart betrank, daß er auf der Rückfahrt beinahe aus dem Wagen der Drahtseilbahn gefallen wäre. Am anderen Tage wandelte sich sein langjähriger Traum in Wirklichkeit. Er kaufte sich einen wunderbaren grau gestreiften Anzug. Eigentlich war der Anzug für die Hitze viel zu schwer, trotzdem trug er ihn, ging herum und der Schweiß

perlte ihm vom Gesicht. Für Worobjew wurde in einem Konfektionsgeschäft ein weißer Piquanzug angeschafft, sowie eine Seemannsmütze mit dem goldenen Abzeichen irgend eines imaginären Jachtclubs. Worobjew glück in diesem Anzug einem Admiral der Handelsflotte. Seine Gestalt streckte sich, sein Gang wurde fest und sicher.

„Ach!“ sagte Bender, „hohe Klasse! Wäre ich eine Frau, so würde ich einem so schönen Mann, wie Sie es sind, sicherlich acht Prozent Rabatt vom üblichen Preis gewähren.“

„Genosse Bender“, erinnerte ihn Worobjew. „Wie wird es mit dem Stuhl werden? Wir müssen in Erfahrung bringen, was mit dem Theater los ist!“

„Ho-ho!“ erwiderte Ostap und tanzte dabei mit einem Stuhl in der Hand in dem großen, im maurischen Stil möblierten Zimmer des Hotels „Orient“ herum. „Lehren Sie mich nicht leben, Kissa. Sonst werde ich böse. Ich habe viel Geld. Aber ich bin großmütig. Hier gebe ich Ihnen zwanzig Rubel und drei Tage Zeit, die Sie zum Ausrauben der Stadt benutzen können. Ich bin wie Suwarow... Rauben Sie die Stadt aus, Kissa! Amüsieren Sie sich!“

Die Freunde betranken sich eine ganze Woche lang. „Habe die Ehre!“ sagte Ostap am Morgen des achten Tages; ihm war zufällig die Zeitung „Das Licht des Orients“ in die Hand gekommen. „Hören Sie zu, Sie Trunkenbold, was die gescheiten Menschen in den Zeitungen schreiben, hören Sie! — Theater-Chronik. Gestern, den 3. September, hat das Columbus-Theater sein Gastspiel in Tiflis beendet und sich sodann nach Jalta, in der Krim begeben, wo es gastieren wird. Das Theater beabsichtigt bis zu Beginn der Moskauer Wintersaison in der Krim zu bleiben.“

„Aha! Was habe ich Ihnen gesagt?“ rief Worobjew. „Was haben Sie mir gesagt?“ sagte Ostap ärgerlich.

Im Grunde war er beschämt. Sein sträflicher Leichtsinns rächte sich. Die Chance, den Kurs der Brillantenjagd in Tiflis dem Ende zuzuführen, war vorbei, man mußte nun wieder in die Krim fahren. Ostap nahm die Angelegenheit gleich praktisch in Angriff. Man nahm Fahrkarten nach Batum und bestellte zwei Plätze auf dem Dampfer „Pestel“, der am 7. September um 23 Uhr Moskauer Zeit nach Batum nach Odessa ging.

In Jalta kam man an einem windstillen, heißen sonnigen Morgen an. Worobjew, von seiner Seekrankheit erholt, stand auf dem Vordersteven, neben der Signalfeste.

(Fortsetzung folgt.)

Wohin wende ich mich?

Ein Einblick in die Berliner Verwaltung.

Der Presseschef der Stadt Berlin, Dr. Richard Lohmann, führte die Hörer der Funkstunde durch die verschiedenen Abteilungen der Berliner Stadtverwaltung, die für das große Publikum von besonderer Bedeutung sind. Man kenne den Aufbau der Stadtverwaltung zu wenig und schimpfe deshalb oft zu Unrecht über sie, behauptete Dr. Lohmann im Beginn seines Vortrages. Aber seine Ausführungen zeigten, daß es wirklich nicht leicht ist, sich in dem weitverzweigten Aufbau der Verwaltung unserer Viermillionenstadt zu rechtzufinden. Als sichersten Führer durch die Verwaltung nannte Dr. Lohmann den Haushaltsplan der Stadt; allerdings muß man ihn zu lesen, d. h. die einzelnen Etatposten in die entsprechenden Behörden umzudeuten verstehen.

Die Abteilung „Allgemeine Verwaltung“ bringt als bekannteste Behörde die Standesämter; in Sonderfällen holt man sich jedoch Auskunft bei der zentralen Auskunftsstelle des Personenstandsrechts im Stadthaus. Das Beschaffungssamt ist für alle jene zuständig, die sich an Lieferungen für die Stadt beteiligen möchten. Das Nachrichtenamt steht nicht nur in ständiger Verbindung mit der Presse, es ist auch die direkte Mittlerin zwischen Stadtverwaltung und Öffentlichkeit und erteilt bereitwillig Antwort auf die Frage: „Wohin wende ich mich?“ Das Polizeiwesen, in das sich Staat und Stadt teilen, ist nicht leicht zu übersehen. Fast in allen Gebieten sind hier doppelte Beratungen und doppelte Besprechungen nötig. Bei der Baupolizei wirkt sich das nicht selten so aus, daß die eine Stelle einen Bau genehmigt, den die andere untersagt. An diesen Schwierigkeiten trägt natürlich die Stadtverwaltung keine Schuld; aber sie beweisen, wie notwendig eine Neuordnung des Polizeiwesens ist. Von den städtischen „Ämtern“ sind besonders bekannt und unbeliebt die Wohnungsämter. Sie verursachen große Verwaltungskosten und waren gewiß keine erfreulichen, aber eine bitter notwendige Einrichtung. Allmählich geht ihre Bedeutung zurück. Immerhin muß der Wohnungssuchende auch heute noch sich an sein Bezirkswohnungsamt und in den meisten Fällen zugleich auch an das zentrale Wohnungsamt im Stadthaus in der Klosterstraße wenden.

Sehr wichtige Zweige der Stadtverwaltung befassen sich mit dem Schul- und Gesundheitswesen. Wer einen Erkrankten in einem Krankenhaus unterbringen will, vermeidet jede unnötige Verschämung, wenn er sich an den zentralen Bettennachweis (Nordend 0013) wendet, bei dem alle freien Krankenhausbetten in Groß-Berlin geführt werden. Die Aufzeichen „Feuerwehr“ K 2 und „Ueberfall“ K 1 sollte ebenfalls jeder Berliner im Kopf haben.

Dr. Lohmann erzählte, daß jemand, der sich selber keinen Rat wählte, an welche Behörde er sich zu wenden habe, von einer großen Tageszeitung rasch beraten wurde. Im Notfall ist dieser Weg gewiß nicht der schlechteste, jedenfalls ist solche Anfrage viel zweckmäßiger, als wenn man auf irgendwelche Vermutungen hin Schritte einschlägt, die sich dann als falsch erweisen und unnötige Verzögerungen verursachen.

Die SA-Wachstube.

Der Bürgerkrieg in Permanenz vor Gericht.

Es gibt nicht nur Nazi-Verkehrskafale, sondern auch Nazi-Wachstuben! So eine SA-Wache befand sich in dem Laden eines SA-Sektionsführers in der Greifswalder Straße.

Der SA-Mann B. saß da und wartete auf ein Alarmzeichen. Es kam tatsächlich: „Die Kommune hat unsere Pk's überfallen!“ B. stürzte hinaus, vor ihm liefen einige Leute, sie winkten einigen anderen zu, nachzukommen, er ging an die Leute heran, sagte ihnen, es gehe nicht an, daß seine Parteigenossen geschlagen würden — und das war alles. Da sollte man sich nicht wundern, daß dieser so besonnene und brave SA-Mann unerschuldeterweise auf der Anklagebank vor dem Schnellschöffengericht saß? Neben ihm, natürlich ebenso unschuldig, sein Gefinnungsgenosse S. Hörte man sich aber die Zeugen an, so erhielt man ein ganz anderes Bild. Der Währige R. kam nach Geschäftsschluß gegen 8 Uhr abends an seine Haustür und begrüßte S., der im selben Hause wohnte; im selben Augenblick trat ein anderer junger Mensch heran, sah ihn von unten bis oben „drehtig“ an, es erscholl der Schladtruf: „Hallo, die Kommune ist da!“ Noch mehr junge Leute eilten herbei, R.'s Hausgenosse S. versetzte dem anderen ganz unerwartet mit einem Gummiknüppel einen Schlag über den Kopf, in B.'s Hand bligte ein Löffschläger. Das wurde nicht nur durch einen Zeugen bestätigt. S. bestritt aber, überhaupt einen Gummiknüppel besessen zu haben; B. behauptete das gleiche von dem Löffschläger. Das Gericht sprach B. frei und verurteilte S. wegen gefährlicher Körperverletzung und unbefugten Waffenbesitzes zu zwei Monaten einer Woche Gefängnis. Erst vor kurzem hatte der Bursche über sich eine Strafe ergehen lassen müssen, weil bei ihm ein Revolver gefunden worden war.

Weshalb waren aber die SA-Leute über R. hergefallen? Kurz vorher hatte zwischen den Nazis und Kommunisten eine Schlägerei stattgefunden. R. hatte mit ihr nichts zu tun, er gehörte auch gar nicht zur SPD. Der Tätigkeitsdrang der SA-Leute verlangte aber nach weiteren Opfern. So mußte R. daran glauben. Bürgerkrieg in Permanenz!

Großer Dachstuhlbrand in Lichtenberg.

Durch ein größeres Feuer wurde gestern der Dachstuhl des Eckhauses Scharnweber Straße 14 in Lichtenberg zum größten Teil zerstört.

Dagegen die ersten Löschzüge der alarmierten Feuerwehr schon drei Minuten nach der Entdeckung des Brandes anrückten und mit zahlreichen Schlauchleitungen in die Bekämpfung des Brandes eingriffen, gelang es erst nach längerem Wassergeben, den Brandherd einzukreisen. Die Flammen fanden an dem ausgetrockneten Dachgebälk und dem Inhalt der Bodenverschlüge reiche Nahrung. Die Löschmannschaften drangen über drei mechanische Leitern und über die Treppenhäuser nach oben vor. Als Entstehungsursache wird bisher Selbstentzündung vermutet. — In Bohnsdorf ging eine Bohlenlaube in Flammen auf. Trotz aller Löschversuche der freiwilligen Feuerwehr brannte die Laube völlig nieder.

Mitternächtlige Friedensfeierstunde.

Im Schillertheater trafen sich zu später Stunde die Mitglieder der 57. Abteilung, um gemeinsam in der Erinnerung an die Augustnächte 1914 ein eindringliches Bekenntnis für Völkerverständnis und Völkerverständigung abzulegen. Als Auftakt wurde der Film vom Leipziger Parteitag „Streiter herous, Kämpfer herout!“ gezeigt. Dann brachte das „Rote Kollektiv“ passende Dichtungen, die den Krieg in seiner Grausamkeit schilderten, zu Gehör und fand dabei demonstrativen Beifall aller Anwesenden. Im Mittelpunkt der Rundgebung stand die Ansprache des Genossen Bleier. Er appellierte an die ganze zivilisierte Welt, mit der Kulturland des Krieges endlich aufzuräumen. Erreichen wir das, so wissen wir, warum wir den Weg

Hundstagshitze — vergiftete Luft.

Abwehrmaßnahmen gegen die „Luftseuche“.

In den Tagen der Hundstagshitze im Hochsommer erreichen die städtischen Wasserwerke in jedem Jahre eine Spitzenleistung in ihrer Wasserlieferung, die nur durch das Einsetzen aller technischen Einrichtungen der verschiedenen Werke zu erzielen ist. Die Mahnung auf Sparsamkeit mit dem Wasserverbrauch versteht regelmäßig bei der Bevölkerung ihre Wirkung, wenn Hitze und Staub und die wenig angenehmen Ausdünstungen der Großstadt die sommerlich heiße Luft verschlechtern. Schon seit Jahren wird der Erlaß eines Lufthygienegesetzes gefordert, das bei der zunehmenden Industrialisierung und ihrer Rauch- und Rußerzeugung eine planmäßige Luftreinigung vorschreibt. Autoverkehr, Eisenbahn, Industriehöfe, die Tag und Nacht rauchen und endlich die Kohlenoxydgase der Autoauspuffe verpesten die Luft in den Großstädten in einem Maße, daß eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung die Folge ist.

Nach sorgfältigster Schätzung geht täglich über Berlin ein Aufregen von 300 000 Kilo nieder. Von diesen Aufregungen ist allein ein Drittel auf den Eisenbahnbetrieb zurückzuführen. Eine andere Berechnung kommt sogar dazu, daß auf jeden Quadratkilometer Berlins monatlich 10 bis 15 Tonnen Staub und Ruß niedergehen, was etwa der monatlichen Riesenmenge von 800 bis 1200 Tonnen für das ganze Stadtgebiet entsprechen würde. Dem langsam, aber sicher auf die Atmungsorgane wirkenden Gift der Luft kann sich kein Mensch entziehen, der gezwungen ist, in dem Steinmeer der Großstadt mit ihrem Kranke industrieller Schöte und -auspuffender Verkehrsmittel zu leben. Die Rauchfahnen der Eisenbahnen, deren Elektrifizierung in ganz Deutschland wegen der ungeheuren Kosten von rund 10 Milliarden Mark einer späteren, besseren Zukunft vorbehalten bleiben muß, lagern über der Landschaft und bei der Dichte unseres Schienennetzes ballen sich die Kohlenoxydgase zu förmlichen Wäldern, die über Stadt und Land hinwegziehen. Dieses immer wieder erneuerte Luftgift über-

anstrengt unsere Lungen und macht sie empfindlich für den Einbruch der zersetzenden Parasiten der gefährlichen Lungenerkrankungen. Die behördlichen Untersuchungen und Abwehrmaßnahmen gegen die „Luftseuche“ haben unbestrittene Fortschritte zu verzeichnen, doch kann längst nicht alles verwirklicht werden, was man als notwendig erkannt hat, weil unsere heutigen industriellen Anlagen noch zum weitaus größten Teile auf die Verfeuerung der Kohle eingestellt sind. Die Verfeuerung, als die Kraftquelle der Zukunft, ist heute nur in ganz beschränktem Maße ein Erlaß für die Kohle.

In diesem Zusammenhange tritt die Bedeutung der Freiflächen im Berliner Reichbild ganz besonders in den Vordergrund. Ohne die Grünflächen, die von der Stadtperipherie bis in den Stadtkern reichen, würde die Zuführung frischer Luft zur Lufterneuerung Berlins so unzureichend sein, daß sich erhebliche Gesundheitsgefährdungen der Bevölkerung, namentlich im Stadtkern und in den Industriebezirken einstellen würden.

Von welcher zersetzenden Wirkung die giftiggeschwängerte Großstadtluft ist, zeigt sich in der Verwitterung von Bauwerken und Denkmälern, die für eine Ewigkeitsdauer bestanden sollten, aber schon nach wenigen Jahren unabwendbar zu verfallen beginnen. Die Großstadtluft tötet sie langsam ab, und wenn wir von den sterbenden Dömen hören, die vom „Zahn der Zeit“ angefressen sind und deren künstliche Skulpturen in die Brüche gehen, so handelt es sich um den Zersetzungsprozeß unserer vergifteten Luft, dem Einhalt zu gebieten heute noch außer der Macht der Menschheit liegt. Technik und Wissenschaft stehen vereint in einem Abwehrkampf gegen die Luftvergiftung. Die Forderung eines Lufthygienegesetzes, das vor allem die Menschheit vor willkürlichen Uebergriffen schützt, liegt entschieden in der Richtung unserer heutigen hygienischen Erkenntnisse und Forderungen.

durch die Hölle des Krieges gegangen sind, um in das Morgenland des Friedens zu gelangen! Zum Abschluß wurde der Antikriegsfilm „Verbun“ gespielt.

Eine Miniatur-Verammlung.

Arbeitslose lehnen Thälmanns Stahlhelm-Volksscheid ab

Durch Handzettel hatte der sogenannte Erwerbslosenaus-schuss in der Kottbuser Straße für gestern vormittag 11 Uhr zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung in den Märkischen Hof, Admiralsstraße 180, eingeladen. Der kommunistische Reichstags-abgeordnete Schulz sollte über das Thema „Roter Volksscheid und Erwerbslose“ sprechen, und der Zettel mahnte: „Kollegen, erscheint zahlreich!“

Ein Augenzeuge berichtet uns, daß, als er um 11.06 Uhr den Versammlungsraum betrat, einschließlich des Vorstandes genau abgezählte 31 Personen zur Stelle waren. Um 11.30 Uhr gab der Vorsitzende bekannt, daß der Referent nicht pünktlich erscheinen könne. Wenig später betrat ein zweiter Mann, den Rednerplatz. Dieser Mann war aber keineswegs der Abgeordnete Schulz, sondern ein kümmerlicher Erseh. Vorher hatte man den zweifelhaften Mut gehabt, unter den Erwerbslosen eine Gesamtsammlung zu veranstalten, die jedoch keine Beachtung fand. Als unser Gewährsmann 12.10 Uhr die Versammlung verließ, waren, wiederum Kopf für Kopf abgezählt, ganze 67 Personen anwesend.

Herr Thälmann und seine Getreuen können sich winden und trümen wie ein Wurm: Von jedem Klassenbewußten Proletarier und vor allem von den Arbeitslosen wird ihr Bündnis mit schwarzweihroten Großkapitalisten, Hohenzollernprinzen, Stahlhelmlern und Hakenkreuzlern als nackter Klassenverrat abgelehnt.

Banraub in Hagenow.

Die Täter in einem gestohlenen Berliner Auto gesucht.

Auf die Filiale der Mecklenburgischen Depositen- und Wechselbank in der Wasserstraße in Hagenow wurde gestern vormittag ein Ueberfall verübt. Zwei junge Burschen drangen mit Revolvern in den Händen ein. Während der eine mit dem Bankvorsteher in ein Handgemenge geriet, raffte der andere alles Geld zusammen, was er fassen konnte. Wie sich später herausstellte, hatte er über 2000 Mark geraubt.

Als auf die Hilferufe ein anderer Bankangestellter und Postanten herbeikamen, dahinten sich die Räuber mit den Waffen den Weg, sprangen in ein Auto und rasteten davon. Die Nummer des Autos ist inzwischen festgesetzt worden. Es handelt sich um den Berliner Wagen L. A. 78 268, der Eigentum einer Dame aus Tegel ist. Die Dame besuchte am Dienstag das Theater am Kurfürstendamm und ließ das Auto auf der Straße stehen. Zwei junge Burschen traten an die Dame noch heran mit der Frage, ob sie auf ihren Wagen achtgeben sollten. Als die Vorstellung zu Ende war, war das Auto verschwunden. Ob die beiden freiwilligen Wächter mit den Räubern in Verbindung stehen, weiß man nicht. Das Auto, ein rot lackiertes zweifaches Opel-Cabriolet mit Scheibenrädern, ist noch nicht wieder aufgetaucht. Eine genaue Beschreibung des Fahrzeugs ist an die in Frage kommenden Polizeistationen gegeben worden. Mitteilungen werden an Kriminalkommissar Rebe im Zimmer 81 des Polizeipräsidiums erbeten.

Radfahrwege und „freiwilliger Arbeitsdienst“.

Die Verkehrswacht Berlin-Brandenburg hat Eingaben an den Landesdirektor der Provinz Brandenburg und an den Magistrat der Stadt Berlin gerichtet, um die Herstellung von Radfahrwegen vorzunehmen. Die Absicht ist durchaus anzuerkennen.

Allein die Eingabe bezieht sich ausdrücklich auf die Rotver-ordnung vom 5. Juni, worin die Flüssigmachung von Geldern für den freiwilligen Arbeitsdienst vorgesehen ist. Die Herstellung von Radfahrwegen, so heißt es in der Eingabe, gestalte in großem Maße die Beschäftigung von Arbeitslosen als Arbeitsfreiwillige. Wir sind, wie gesagt, durchaus einverstanden mit der Anlage von Radfahrwegen, sind jedoch der Meinung, daß sie wohl als Roistarbeiten, nicht aber im sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ ausgeführt werden dürfen.

Mit-Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schönberg unter der bewährten Leitung des Schriftstellers Georg Bomberger am Sonntag, dem 9. August, Treffpunkt 10 $\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pfennig.

Blick tötet acht Soldaten.

Katastrophe in einem Militärlager bei Reims.

Paris, 5. August.

Wie jetzt bekannt wird, war das Militärlager von Siffone in der Nähe von Reims in den späten Abendstunden des Dienstag der Schauplatz eines schweren Unglücks. Der Blick schlug während eines heftigen Gewitters in ein großes Militärlager ein, in dem zehn eingeborene Soldaten aus Tunis Unterkunft gesucht hatten, lösete sieben auf der Stelle und verwundete die anderen drei so schwer, daß einer von ihnen bereits nach der Einlieferung in das Militärklozareth starb, während die beiden anderen die Befinnung noch nicht wiedererlangt haben und mit dem Tode ringen.

Das feststehende Messer.

„Bayerische Lebensgewohnheit“ und Rotverordnung.

Am 30. Januar fand im Sportpalast eine Versammlung der Nationalsozialisten statt. Im Vorraum hatte die Zeugmeisterei der NSDAP, Zweigbüro Süd-Ost, Hedemannstraße, einen Broschürenverkaufstand aufgestellt. R. war mit dem Verkauf betraut. Trotz wiederholter Mahnung der Polizei verfuhr er in den überfüllten Sportpalast einige seiner Gefinnungsgeoffen nach hineinzubugieren. Er wurde schließlich nach Waffen untersucht, man fand bei ihm ein feststehendes Messer. Trotz seiner Erklärung, daß er das Messer beruflich benötigt habe, um Transparente an der Wand zu befestigen und Packpapier zu schneiden, verurteilte ihn das Schöffengericht Schönberg wegen Verstoß gegen § 1 und § 3 der Rotverordnung zu 3 Monaten Gefängnis. Ein feststehendes Messer, hieß es in der Urteilsbegründung, sei seiner Natur nach dazu bestimmt, Verletzungen zuzufügen, außerdem sei der Angeklagte gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken im Sportpalast erschienen.

Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer berief sich sein Verteidiger auf die Entscheidung des bayerischen Oberlandesgerichts, das feststehende Messer nicht als Waffen im Sinne des § 1 der Rotverordnung angesehen habe. Es gehöre zu den „Lebensgewohnheiten“ der Bayern, dies ihnen lieb gewordene Instrument bei sich zu führen, und es wäre nicht richtig, es plötzlich als seiner Natur nach zum Verlehen bestimmt zu bezeichnen. Außerdem meinte der Verteidiger, sei der Angeklagte nicht zur Versammlung gekommen, sondern nur, um seine Broschüren zu verkaufen.

Das Gericht verwarf die Berufung. Es war der Ansicht, daß die Lebensgewohnheiten der bayerischen Landbevölkerung nicht auf Berlin zu übertragen seien, wo die Bevölkerung schwerlich ein Bedürfnis nach feststehenden Messern verspüre. Es käme außerdem noch auf die Größe des Messers an, und es hieße das Anwendungsgebiet der Rotverordnung erheblich einschränken, wollte man all diejenigen, die mit feststehenden Messern herumlaufen, als nicht unter den § 1 der Rotverordnung fallend erklären. Andererseits sei der Verkäufer von Parteibroschüren als höchst aktives Mitglied einer politischen Versammlung zu betrachten.

Billige Wochenendfahrt nach Rügen.

Am 15. und 16. August veranstaltet der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit wiederum eine Wochenendfahrt, die diesmal nach Rügen führt. Der Fahrpreis kostet ab Berlin und zurück (Bahn und Schiff) 14 Mark. Auf Rügen ist ein mehrstündiger Aufenthalt vorgesehen. Teilnehmerkarten für 14 Mark sind durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 (Telephon: Dönhoff 8443/44) oder die bekannten Stellen zu haben.

Zusammenlegung von westlichen Beratungsstellen. Die Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten in Seggitz und Zehlendorf sind am 1. August d. J. geschlossen worden; ihre Aufgaben wurden der Beratungs- und Behandlungsstelle in Wilmersdorf, Berliner Straße Nr. 136, übertragen. Sprechstunden finden wie bisher, Montag, Mittwoch, Freitag von 18.30 bis 20.30 Uhr, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 8.30 bis 10.30 Uhr statt. Untersuchungen und Beratungen, bei Rinderbismitteln auch Behandlungen, erfolgen unentgeltlich.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reizmildernde und blühende Creme Reodor — frei in roter Packung; fetthaltig in blauer Packung, — Tube 60 Pf. und 1 Pf. Wirksam unterstützt durch Reodor-Cosmetische Creme 60 Pf. Zu haben in allen Cosmopol-Verkaufsstellen.

Gefährliche Hauszinssteuerpläne.

Die Mietensenkung als Köder der Hausbesitzer.

Das Reichskabinett hat sich in seinen letzten Sitzungen neben vielen anderen Fragen auch mit der Frage der Hauszinssteuer beschäftigt. Es wurden dabei verschiedene Pläne erörtert, die auf den Abbau oder den Umbau der Hauszinssteuer oder gar auf ihre völlige Beseitigung abzielen.

Für die Beseitigung oder den Abbau der Hauszinssteuer werden vor allem zwei Gründe geltend gemacht:

Einmal wird behauptet, daß der Ertrag der Hauszinssteuer unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise besonders stark zurückgeht. Durch das Verfallen der Großwohnungen und der gemieteten Räume und durch die Niederschlagung der Steuer bei den Arbeitslosen seien große Steuerausfälle eingetreten, die in die Hunderte von Millionen gehen. Als zweiter Grund wird die Gefährdung der Hypotheken angeführt. Durch die großen Mietausfälle infolge der Wirtschaftskrise fürchte man, daß ein wachsender Teil der Hausbesitzer in Zahlungsschwierigkeiten kommen würde. Da aber gleichzeitig die Grundstückspreise außerordentlich stark gesunken sind, würden bei einer Zwangsversteigerung sehr viele Hypotheken einfach ausfallen. Mit der Gefährdung der Hypotheken würde zugleich eine Gefährdung der Pfandbriefe eintreten, so daß die Erschütterung unseres gesamten Realkredits zu befürchten wäre. Mit dieser Begründung betreiben die Hausbesitzer, die Unternehmer und die Hypothekenbanken schon seit langem die völlige Beseitigung der Hauszinssteuer. Eine solche Beseitigung wäre ein

Milliardengaschek an die Hausbesitzer.

dem die gefällige Miete, die ja von der Höhe der Hauszinssteuer unabhängig ist, mühte nach wie vor in vollem Umfange weitergezahlt werden. Deshalb hat man offenbar im Reichskabinett auch den Vorschlag erörtert, zugleich mit der Senkung der Hauszinssteuer die gefällige Miete zu senken, so daß die Steuerermäßigung nicht nur den Hausbesitzern, sondern auch den Mietern zugute kommen würde. Es fragt sich nur, ob man dabei an eine wirklich fühlbare Mietensenkung gedacht hat, oder ob die ganze Mietensenkung nur ein Schönheitspfälsterchen darstellen soll, um die einseitige Begünstigung des Hausbesitzes nicht allzu kraß hervortreten zu lassen.

Diese Pläne auf Abbau und Beseitigung der Hauszinssteuer sind überaus gefährlich.

Nach unseren Informationen trifft es keineswegs zu, daß der Ertrag der Hauszinssteuer besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen wird. Im Gegenteil ist die Hauszinssteuer neben der Grundbesitzsteuer und der Einkommensteuer eine der stabilsten Steuern. Andererseits sind auch die Gefahren für den Hypothekenmarkt, mit denen der Abbau der Hauszinssteuer begründet wird, weit übertrieben. Demgegenüber würde der Abbau oder die Beseitigung

der Hauszinssteuer den Wohnungsbau und die öffentlichen Finanzen aufs schwerste bedrohen.

Die Hauszinssteuer hat in den letzten Jahren über 1600 Millionen Mark jährlich eingebracht. Sie wurde bis 1930 je zur Hälfte zur Förderung des Wohnungsbaues und für die Finanzbedürfnisse der Gemeinden verwendet. Seit der Dezember-Rotverordnung dienen nur noch etwa ein Drittel für den Wohnungsbau und zwei Drittel der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Während im Jahre 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut worden sind, wird daher im Jahre 1931 die Zahl der Wohnungsneubauten bereits unter 200 000 sinken. Wird die Hauszinssteuer jetzt abgebaut oder beseitigt, so besteht die große Gefahr,

daß der öffentliche Wohnungsbau überhaupt aufhört und damit die Wohnungsnot sich wieder verschlimmert.

Ebenso verhängnisvoll wäre die Gefährdung der öffentlichen Finanzen. Die Gemeinden sind heute insbesondere auf den Ertrag der Hauszinssteuer angewiesen, um die ungeheuer angeschwollenen Ausgaben für die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände leisten zu können. Auch die Niederschlagung der Hauszinssteuer bei den Arbeitslosen ist praktisch nichts weiter als eine zusätzliche Unterstützung. Schon jetzt ist unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise in den Gemeindefinanzen ein Fehlbetrag entstanden, der für das laufende Rechnungsjahr nach neuerer Schätzung auf rund 600 Millionen angenommen wird. Beseitigt man dazu noch die Hauszinssteuer, so würde ein neuer Fehlbetrag von über einer Milliarde entstehen. Dann wäre überhaupt nicht mehr zu sehen, wie die Gemeindefinanzen in Ordnung gebracht werden können. Um dieses gesamte Defizit zu decken, müßte man die Umsatzsteuer mindestens verdreifachen.

Im Ergebnis müßte also die Mietensenkung und das Milliarden-gaschek an die Hausbesitzer durch neue Steuerlasten ausgeglichen werden. Wer glaubt, daß dies bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich sein werden? Aber die Mietensenkung hat auch den großen Nachteil, daß sie nur auf die Altwohnungen beschränkt sein würde.

Die Spanne zwischen Alt- und Neubaumieten, die schon jetzt sehr groß ist, würde dadurch noch vergrößert werden.

Wenn überhaupt an der Hauszinssteuer eine Änderung vorgenommen werden soll, dann könnte dafür nur der Umbau in eine Realkast in Betracht kommen. Entsprechende Pläne werden seit Jahren vom Deutschen Städtetag verfolgt. Sie laufen darauf hinaus, die Hauszinssteuer in eine öffentliche hypothekarische Belastung umzuwandeln, die zugunsten der öffentlichen Hand zersinkt und getilgt werden muß. Aber auch hier muß man sich vor Illusionen hüten. Auch hier kommt es auf die Ausgestaltung der Pläne im einzelnen an, ob ein solcher Umbau der Hauszinssteuer volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll und mit den Interessen der breiten Massen zu vereinbaren ist.

Städtefeindliche Notverordnung.

Eine Ermächtigung der Reichsregierung für das Sparkassenwesen.

Der Reichspräsident hat am 5. August eine Notverordnung über die Spar- und Girokassen, sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute erlassen. Die Reichsregierung wird darin allgemein ermächtigt, bei den Sparkassen und Girokassen, sowie den kommunalen Giroverbänden und kommunalen Kreditinstituten diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zu einer zweckmäßigen Umgestaltung der Organisation notwendig erscheinen. Wichtigste Vänderrechte werden vom Reich damit in Anspruch genommen. Die Reichsregierung kann Einrichtungen und Anstalten aufheben, zusammenlegen und neu begründen. Die Reichsregierung kann die ihr zugeordneten Befugnisse auf die obersten Landesbehörden übertragen.

Im § 2 werden die genannten Institute bis auf weiteres zur Abgabe wechselfähiger Erklärungen befugt. Das ist eine Neuerung, die die öffentlichen Sparkassen in Anspruch nehmen soll, über die Garantie- und Akzeptbank von der Reichsbank Kredite zu erhalten. Bisher konnten die Sparkassen nur bereits ausgestellte Wechsel diskontieren, d. h. ankufen, nicht aber selbst, wie es jetzt bis auf weiteres geschehen soll, auch Wechsel ausstellen. Hier handelt es sich um eine Maßnahme, die der vollen Öffnung der Sparkassensphäre im Rahmen der Satzungen zum Besten der nächsten Woche den Weg bahnen soll.

Im § 3 wird den genannten Instituten bis auf weiteres unterlag, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindevorstände und andere öffentlich rechtliche Körperschaften unmittelbar oder mittelbar zu gewähren. Die Bestimmungen des § 2 gelten ab 1. August. Die übrigen Bestimmungen treten mit der Verkündung der Notverordnung in Kraft.

Es wird die Aufgabe der Deffentlichkeit sein, dafür zu sorgen, daß aus der weitgehenden Ermächtigung, die hier der Reichsregierung gegeben worden ist, und insbesondere aus dem Verbot der Kreditgewährung der Sparkassen an die Gemeinden kein nicht wiedergutzumachendes Unheil erwächst. Wir haben den Eindruck, daß die Reichsregierung mit der Verordnung jener unbedingten Stimmungs machte teilweise entgegen ist, die in den letzten Jahren systematisch und zu durchsichtigen Zwecken von den verschiedensten Interessentengruppen der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Verwaltung und die öffentlichen Unternehmungen, besonders aber gegen die Kommunen inszeniert wurde. Ausfluß solcher Auffassungen in der Reichsregierung und auch in der Reichsbank war es schon, daß die ganze Macht der öffentlichen Hilfe während der letzten Kreditkrise einseitig den Privatbanken und der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt worden ist, obwohl wahrlich darüber gar kein Zweifel sein kann, daß die Risiken in der öffentlichen Sphäre lächerlich gering sind, verglichen mit denen in der privatwirtschaftlichen Sphäre.

Zwischen den Sparkassen und den Städten bestehen historisch gewachsene und wohlbegründete enge Verbindungen. Heute noch sind die Städte Gewährverbände für die Sparkassen und

halten für sie. Den Einlegern wird damit die größte Sicherheit geboten, die überhaupt nur geboten werden kann. Auf der anderen Seite ist den Sparkassen vorgeschrieben, und zwar gesetzlich, wie sie ihre Gelder anzulegen haben: Die Sparkassen müssen 50 Proz. ihrer Einlagen in Realkredit, 25 Proz. in öffentlichen Anleihen und müssen weitere 25 Proz. in kommunalen Anleihen und sonstigen Kommunalkredit anlegen.

Es ist eine absolut falsche Darstellung, wenn behauptet wird, daß die den Städten gewährten Kredite die Sparkassen mehr oder weniger bewegungsunfähig gemacht hätten.

Es steht fest, daß nach der letzten für den 2. August 1931 aufgemachten Statistik die Städte ihr gesetzliches Kontingent von 25 Proz. bei den Sparkassen nur mit 17 Proz. ausgenutzt haben! Die Kommunen sind vollständig im Recht, wenn sie den Anspruch zu haben glauben, nach der Bereitstellung neuer Kredite für die Sparkassen, die ja nur eine Sicherheit auf alle Fälle sein sollen, im Rahmen ihres Kontingents die notwendigsten Kredite bei den Sparkassen in Anspruch nehmen zu dürfen. Sie sind um so mehr damit im Recht, als die Unterschrift der Sparkassen wahrlich noch mehr wiegt als die Unterschrift von Banken und Industrieunternehmen, die mit Reichsgarantien und Subventionen gestützt werden müssen.

Es entsteht aber die Frage, was die Reichsregierung denn tun will, wenn sie den Städten den Kreditweg zu den Sparkassen versperrt.

Gegenwärtig ist die Lage doch so, daß das rückgängige Steuer-aufkommen des Reiches zu geringeren Ueberweisungen an die Länder, damit zu kleineren Zuteilungen an die Städte führt, und daß auf der anderen Seite insbesondere die Länder von den Städten die volle Zuführung jenes Steuerfolls verlangen, der von den Kommunen im Auftrage der Länder erhoben wird. Die Kommunen werden also in der schwersten Zeit, wo ihnen 600 Millionen für die Wohlfahrts-erwerbslosen fehlen, von zwei Seiten aufs Trockene gesetzt. Das geschieht, das muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, obwohl die Kommunen an diesem Mißstand keine Verantwortung trifft. Bei sämtlichen Städten waren die Haushalte für 1931/32 in Ordnung. Nicht in Ordnung waren, und das konnte auch nicht sein, die Quellen für die Finanzierung der Wohlfahrts-erwerbslosenlasten. Das konnte nicht sein, weil das Reich bei seinen Finanzmaßnahmen sich um die Sonderlasten der Gemeinden überhaupt nicht gekümmert hat.

Es besteht die Gefahr, daß in der nächsten Zeit den Städten für Arbeiterdohns, Beamtegehälter und besonders auch für die Unterstützung des Geld fehlt. Für die nächsten vier Wochen ist das schon eine Summe, die annähernd die 100-Millionen-Grenze erreicht. Das Reich wird die Verantwortung außerordentlich ernst zu prüfen haben, die es mit dem Verbot auf sich geladen hat, daß die Sparkassen den Städten bis auf weiteres keine Kredite mehr gewähren dürfen. Das Reich wird jetzt handeln müssen.

Das Bankgeschäft läuft.

Aber auf dem Geldmarkt hapert es noch sehr.

Uebereinstimmend wird aus allen Städten Deutschlands gemeldet, daß die gestrige volle Öffnung der Bankhalter keinerlei Schwierigkeiten gebracht hat und daß das Bankgeschäft wieder in vollem Gange ist. Vielfach wurde beobachtet, daß die Einzahlungen die Auszahlungen übertrafen. Jedenfalls ist von einem Run keine Rede mehr, und man kann wohl sagen, daß die innere Vertrauenskrise in Deutschland jetzt weitgehend überwunden ist. Das Instrument der Bankfeiertage hat sich im großen und ganzen bewährt. Heute ist festzustellen, daß die allmähliche Voderung bis zur völligen Aufhebung der Zahlungssperre trotz der unzähligen Schwierigkeiten, die damit verknüpft waren, eine gute Verwaltungsarbeit gewesen ist. Besonders diejenigen preussischen Stellen, die hierbei mitgewirkt, haben sich ein Verdienst erworben.

Große Teile des Bankverkehrs liegen natürlich noch still. Das gilt insbesondere für das riesige Gebiet des Effektenverkehrs, der Anleihen und der Börse. Hier wird es noch einige Zeit dauern, bis der volle Lauf der Geschäfte wieder möglich sein wird. Rückschauend muß man erneut feststellen, daß die Schließung der Danat vermeidbar gewesen wäre, wenn man sofort zu dem System der Bankfeiertage hätte übergehen können. Diejenigen Bankinstitute, die feinerzeit Schwierigkeiten gemacht haben, trifft also eine ernste und schwere Verantwortung.

Bis gestern hatte es auch keinerlei Geldmarkt in Deutschland gegeben. Das Mißtrauen zwischen den Banken, besonders zwischen den größten Privatbanken, war dafür viel zu groß. Auch gestern kamen auf dem Geldmarkt nur sehr wenige Geschäftszustände. Die Führung hatten offenbar einige öffentliche Banken, nicht die privaten Bankinstitute; auch der Tagesgeldsatz von 13 Prozent wurde von öffentlichen Banken festgesetzt, während private Banken — wie immer — sehr gern höher gegangen wären. Die Initiative der öffentlichen Banken hat sich also auch hier wieder bewährt und günstig ausgewirkt.

Das Mißtrauen auf dem Geldmarkt ist auch jetzt noch sehr groß. Die Banken sind zwar durch die reichliche Versorgung über die Reichsbank recht flüssig; im großen und ganzen aber traut keine Bank der anderen über den Weg, einige zweifellos bestehende öffentliche und private Banken natürlich ausgenommen. Besonders mit der Hergabe von Unterschriften, d. h. beim Ankauf und bei der Weitergabe von Wechseln ist man sehr vorsichtig. Zur Anlage vorhandener Gelder war im übrigen den Banken der Verkauf von Reichsschatzwechseln durch die Reichsbank sehr willkommen; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Reichsschatzwechsel eine feste Laufzeit bis November und Oktober zu dem hohen Diskontsatz von 15 Prozent haben, während die Banken, die die Reichsschatzwechsel kaufen, der Hoffnung sind, daß der 15proz. Diskontsatz bis dahin längst nicht mehr in Kraft ist und hüftliche Profile aus der Differenz möglich sein werden.

Berringerter Pfandbriefumlauf.

Die Folgen der Vertrauenskrise.

Zum ersten Male hat der Pfandbriefumlauf eine Verminderung zu verzeichnen. Im Juni war der Abgang durch Rückkauf und Tilgung größer als der Betrag der Neuausgaben. Darin zeigt sich also eine völlige Lähmung des Pfandbriefmarktes; aber nicht allein das Ausland hat sich weitgehend von seinem Besitz an deutschen Pfandbriefen getrennt, auch die inländischen Besitzer haben einen Teil ihrer Papiere abgetoßen.

Nach der Statistik von 103 Boden- und Kommunal-Kredit-Instituten belief sich der Zugang an neuen Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen im Juni auf nur 116 (im Mai 133) Millionen Mark, während der Abgang sich auf 169 (98) Millionen Mark stellte. War also im Mai noch ein Reinzugang von 35 Millionen Mark zu verzeichnen, so schloß der Juni mit einem Abgang von 53 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der umlaufenden Pfandbriefe und Kommunalobligationen ist auf 12 551 Millionen Mark zurückgegangen. Das Mißtrauen des Auslandes geht daraus hervor, daß im Juni nur 17 Millionen Mark Pfandbriefe im Ausland abgesetzt werden konnten, daß aber mehr als 15 Millionen Mark Pfandbriefe zurückfloßen.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres konnten an Pfandbriefen nur 378 (im ersten Halbjahr 1930 806) Millionen Mark, an Kommunalobligationen nur 89 (299) Millionen Mark netto abgesetzt werden.

Der Bestand an städtischen Hypotheken hat sich im Juni um 54 Millionen, der an Kommunal-Darlehen um 41 Millionen Mark erhöht, während der Bestand an landwirtschaftlichen Hypotheken sich um 12 Millionen Mark verringerte. Die Gesamtsumme der Hypotheken, Kommunal- und sonstigen Darlehen stellte sich Ende Juni (einschließlich Aufwertung) auf 14 871 Millionen Mark.

Das Wohnungselend in Sowjetrußland

In einer Regierungsverordnung wird festgestellt, daß die Durchführung des Arbeiterwohnungsbauprogramms im Donezbecken vollkommen unbefriedigend verläuft. Das Jahresprogramm in bezug auf den Bau von Steinhäusern sei bis zum 20. Juli nur zu 27 Proz. und in bezug auf den Bau von Holzhäusern sogar in noch geringerem Umfange durchgeführt. Dies hänge mit dem unzulässigen bürokratischen Schlen-drian einer Reihe verantwortlicher Leiter der Bauarbeiten und einzelner Organisationen zusammen. In dem Erlaß werden eingehende Maßnahmen angeordnet, durch die die volle Durchführung des Wohnungsbauprogramms im Donezbecken, von der zum Teil die Weiterentwicklung der Kohlenindustrie abhängt, sichergestellt werden soll.

Kaliabfah stark gesunken.

Nach Mitteilungen des Deutschen Kalisonditats sind im Juli dieses Jahres 0,58 Millionen Doppelzentner Reinkali verladen worden gegen 0,94 Millionen Doppelzentner im Juli vorigen Jahres. In den ersten drei Monaten des laufenden Dingejahres (Mai bis Juli) sind nur 1,69 Millionen Doppelzentner Reinkali gegenüber 2,67 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres zur Verladung gekommen.

Eine Braunschweiger Bank in Zahlungsschwierigkeiten. Die Bank für Handel und Gewerbe in Braunschweig hat ihre Schalter geschlossen. Sie war dem Ansturm der Einleger nicht gewachsen und konnte ihre Mittel nicht so schnell flüssig machen.

Katastrophe auf dem Baumarkt.

Finanzpolitik gegen Bauwirtschaft.

Auf dem Baumarkt sieht es fürchterlich aus. Die Krise scheint sich hier zu einer nationalen Katastrophe auszuweiten. Das Schicksal der deutschen Bauwirtschaft ist deshalb zu einem öffentlichen Problem geworden. Jemand etwas muß geschehen, um die Not unter den Bauarbeitern zu mildern. Aus diesem Grunde haben sich der Deutsche Bauwerksbund, der Zentralverband der Zimmerer und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in diesen Tagen an den Reichsfinanzminister gewandt und ihn in einer besonderen Eingabe nachdrücklich gebeten, so rasch wie möglich die Gemeinden und die sonstigen Träger des Wohnungsbaues instand zu setzen, dem Baugewerbe Aufträge zuzuführen.

600 000 Bauarbeiter müssen mitten im Sommer feiern

und sich bei sorgfältigster Unterstützung durchhungern. Dieser Zustand wird immer unerträglich. 1929 waren die Bauarbeiter im Durchschnitt 90 Tage arbeitslos, 1930 bereits 149 Tage, und in diesem Jahre werden auf jeden Bauarbeiter durchschnittlich 200 Tage Arbeitslosigkeit kommen! Wohlgerichtet: durchschnittlich, d. h. die Beschäftigten und die total Arbeitslosen zusammengenommen. Im Jahre 1929 waren im Hochsommer im Baugewerksbund 9,7 Proz. bei den Zimmerern 11,3 und bei dem christlichen Verband 14,5 Proz. der Mitglieder arbeitslos; im Jahre 1931 zählte der Deutsche Bauwerksbund Ende Juni 55,3 Proz., der Verband der Zimmerer 60,7 Proz. und der christliche Bauarbeiterverband 60,9 Proz. arbeitslose Mitglieder. Dazu kommt, daß die Bauarbeiterschaft bei den jüngsten Notmaßnahmen auf dem Gebiet der Steuer- und Sozialpolitik besonders scharf angefaßt wurde. Man braucht ja nur an die Beschnidung der Unterstützungsansprüche, an die überdurchschnittliche Kürzung der Tariflöhne im Baugewerbe und dergleichen zu erinnern.

Die Regierung hat die Pflicht, hier sich zu einer besonderen Kraftanstrengung aufzurufen; denn die ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Jahre 1931 ist — in der Eingabe der Bauarbeitergewerkschaften wird das kräftig unterstrichen — die unmittelbare Folge der Reichsfinanzpolitik.

Die Voraussetzungen, von denen sich die Regierung bei der Revision der Bauförderungs politik leiten ließ, sind ganz offenbar nicht in Erfüllung gegangen. Weder der Rückgang der Baustoffpreise, noch die Senkung der Bauarbeiterlöhne hat zu einer Steigerung oder auch nur zur Aufrechterhaltung der bisherigen Bautätigkeit geführt. Daß das Baugewerbe zuviel Kapital beansprucht, läßt sich heute wohl nicht mehr mit zureichenden Gründen behaupten. Nach den Ermittlungen des Konjunkturforschungsinstituts ist die industrielle Produktion 1930 nur um 16 Proz. zurückgegangen, die baugewerbliche dagegen um etwa 28 Proz., und dieses Mißverhältnis dürfte sich noch erweitern. Die Hoffnungen, die man auf eine

Belebung der privaten Kapitalbildung durch weitgehende Steuererleichterungen setzte, waren trügerisch. Die schon längst unrentabel gewordenen Verhältnisse dürften nunmehr durch die Distanz- und Bankwierigkeiten noch weiter verschärft werden.

Die Benachteiligung der im kommunalen Geldverkehr tätigen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten durch die Reichsbank droht eine Unterbrechung halbfertiger Bauten herbeizuführen

und damit das Bauweld ins Unermessliche zu steigern. Hilfe ist dringend notwendig. Man kann nicht die Dinge auf dem Baumarkt noch länger treiben lassen; denn den Gemeinden ist fast jede Möglichkeit zum Bauen genommen und die Ordnung der Kommunalfinanzen ist aufs schwerste gefährdet. Werden sich endlich die maßgebenden Regierungsstellen in der Baufrage zu einer Auffassung durchringen, die der Not etwas mehr gerecht wird? Der Ruf der Bauarbeitergewerkschaften darf nicht ungehört verhallen! Er ist der gemäigte Ausdruck einer namenlosen Verbitterung einer Million Arbeiter, die die Finanzpolitik des Reiches zur Verzweiflung treibt.

Im Auftrage von 130 sozialen Baubetrieben hat auch der Verband Sozialer Baubetriebe eine Eingabe an die Reichsregierung gemacht. Es heißt da:

Das Baugewerbe ist bereits durch Auswirkungen der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 in eine sehr schwierige Lage gekommen. Der Rückgang der Bauvorhaben nach den amtlichen Statistiken, die ungewöhnliche Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und die zahlreichen Zusammenbrüche im Baugewerbe

sind dafür traurige Beweise. In den letzten Wochen haben sich die Verhältnisse im Baugewerbe weiter verschärft. Infolge des herrschenden Kapitalmangels und der hohen Kreditzinsen kommt allmählich auch noch der Rest der Bautätigkeit, den die Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 übriggelassen hat, zum Erliegen.

Maßnahmen, die derartige Wirkungen haben, sind zur Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht geeignet. . . .

Von diesen Gesichtspunkten aus bitten wir die Reichsregierung um Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Bautätigkeit durch Bereitstellung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und Deckung des Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden einschließlich des normalen Bedarfs für die öffentliche Bautätigkeit durch andere geeignete Steuern. Dringend geboten erscheint uns ferner die allgemeine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele, auch dadurch einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und die öffentlichen Kosten für Unterstützungszwecke zu senken.

Ein richtiger Stalinist.

„Vom Haß verfolgte Betriebsräte.“

Uns wird geschrieben:

In einer Klage vor dem Arbeitsgericht geführt von Boersch, der Bezirksverordneter der R.P.D. im 20. Bezirk ist und bis zum 19. Juni Arbeiterratsvorsitzender der Bergmann-Werke, Rosenthal, war, behauptet die „Rote Fahne“, daß er vom Haß der Direktion verfolgt war und vom Arbeitsgericht keinen Schutz fand. Der wahre Sachverhalt ist kurz folgender: In einer Arbeiterrats-sitzung beantragte Boersch, gegen die Firma klagbar zu werden, weil sie angeblich die Aufsichtsenkung für die Arbeiter-räte, die diese für Sitzungen außerhalb des Betriebes bekommen, gesperrt hat. Der Arbeiterrat, in seiner Mehrheit mit Kommunisten besetzt, beschloß, erst einmal mit der Firma zu verhandeln, um den Grund für die Sperrung der Gelder zu erfahren. Boersch erklärte, daß die Firma auch die Lokalmiete für den Wirt nicht mehr zahle. Als einer seiner Genossen den Zwischenruf machte: „Die haben wir doch nicht mehr eingezahlt“, erklärte B.: „Jawohl, aber jetzt legen wir sie wieder ein“.

Am nächsten Tage verhandelten wir mit der Firma. Da stellte sich heraus, daß die Firma nur die Lokalmiete gesperrt hatte, sie hatte aber B. den Auftrag gegeben, mit den Lokalinhabern zu verhandeln auf Abhebung der Lokalmiete, da die Arbeiterräte bei ihnen einen Verzehr hatten. B. erklärte, das getan zu haben, jedoch die Wirtsbücher auf die Lokalmiete. Das entsprach nicht den Tatsachen.

Es stellte sich weiter heraus, daß B. die Aufwandsentschädigung der Arbeiterräte schon acht Tage in seiner Tasche hatte; es stellte sich weiter heraus, daß B. Katenzahlungen für Wirtsbücher, die er an Kollegen verkauft und kassiert hatte, an die betreffende Firma nicht gezahlt hat. Die Firma Bergmann hat aus lauter Haß gegen B. von diesem nicht abgeführte Summe an die Buch-firma gezahlt.

Nach der Verhandlung ging alles blitzschnell. Die Firma erkundigte sich bei dem Wirt und erfuhr, daß B. die Lokalmiete nicht gezahlt hat und daß er auch über die Abhebung der Lokalmiete mit dem Wirt nicht gesprochen hat. Darauf wurde er freilos entlassen.

Die „Rote Fahne“ hat nun vom 19. Juni bis 30. Juli überlegt, was sie zu diesem Fall Boersch schreiben soll. Das schwarzweißrote Volkszeitungsorgan verlangt nun „Klaffengericht“ Schutz seiner Betriebsräte, wenn diese Unterforderungen begehen. Die Begründung des Urteils lautet folgendermaßen:

„Es mag dahingestellt bleiben, ob es moralisch richtig ist, Gelder zu kassieren und sie dem bestimmten Zweck nicht zuzuführen, aber das bleibt bei der Klageabweisung außer Anschlag. Die Beurteilung erfolgt, weil Boersch den Auftrag der Firma, mit den Wirten um Wiedererschlagung der Lokalmiete zu verhandeln, nicht ausgeführt hat, sondern dem Firmenvorleiter erklärt hat, die Wirte beständen auf die Miete, er auch daraufhin weiter Quittungen kassiert hat. Das ist offensichtlich Betrug, daher war die Klage abzuweisen und der Widerklage der Firma auf Zurückzahlung von 138 M. stattzugeben.“

Diese Begründung veröffentlicht die „Rote Fahne“ nicht. Dagegen schreibt das Blatt:

„Der verlorengegangene Betriebsrat und Sozialdemokrat Amberger hat das Mietgeld gesammelt und zu Eisbeisessen verwendet. Das ist der Firma bekannt, aber trotzdem ist B. noch geschätzter Mitarbeiter der Firma Bergmann.“

Wir wollen den wahren Sachverhalt kurz schildern: Amberger war von 1925 bis April 1929 Vorsitzender des Betriebsrats der Bergmann-Werke Rosenthal, und zwar war er damals Mitglied der R.P.D. Ende 1927 wechselte in dem Lokal, wo die Arbeiterrats-sitzungen stattfanden, die Besizer, der neue Wirt wollte sich den

Arbeiterräten für die bei ihm abgehaltenen Sitzungen erkenntlich zeigen und gab für sämtliche Mitglieder des damaligen Arbeiterrats ein Eisbeisessen. Das Geld dazu hatte sich der Wirt von der vom Kollegen Amberger erhaltenen Lokalmiete aufgespart. Der damalige Arbeiterrat bestand aus neun Kommunisten und acht Sozialisten. Unter denen, die daran teilgenommen haben, war auch Boersch. Bei diesem Essen bestand die von den Kommunisten so viel gepredigte Einheitsfront. Heute, nach drei Jahren, streut man die widersinnigsten Verleumdungen in die Welt, um die Handlungsweise des Boersch zu beschönigen. Jedoch wird das nicht gelingen.

Und dennoch Sozialversicherung.

Fortschritte im Ausland.

Trotz der Krise hat der Gedanke der Sozialversicherung in einer ganzen Reihe von Ländern Fortschritte gemacht. In Belgien wird die Sozialversicherungsgesetzgebung ausgebaut. Entsprechende neue Gesetzentwürfe über die Kranken- und Invalidenversicherung werden in Kürze im Parlament behandelt. Der Anwendungsbereich der Entschädigung bei Betriebsunfällen wurde erweitert. In Dänemark sind in der Vereinheitlichung der Sozialversicherung ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Die Verwaltung wird vereinfacht; bestimmte Berufskrankheiten sollen als entschädigungspflichtig anerkannt werden. In Griechenland wurde die Arbeit an dem Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Unfall-, Kranken-, Mutterschafts-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung fortgesetzt. In Jugoslawien wurde ebenfalls ein Entwurf zur Vereinheitlichung der Sozialversicherung ausgearbeitet. In der Schweiz drängt der Kampf um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung zur Entscheidung. In Kanada hat die Bewegung zugunsten der obligatorischen Krankenversicherung Terrain gewonnen. Auch in Chile, China, Kuba und anderen Ueberseeländern sind sozialpolitische Fortschritte zu verzeichnen. Aus Deutschland ist derartige leider nicht zu melden.

Kommunistische Massenversammlung.

Abgefragt wegen Ueberfluß an Abwesende.

Von einem Bauarbeiter, Mitglied des Bauwerksbundes und der Sozialdemokratischen Partei, wird uns geschrieben:

Im Dorfe Petersdorf bei Fürstentum, das etwa 300 Einwohner zählt und dessen erwachsene männliche Bewohner fast ausschließlich Bauarbeiter sind, hatte der „Einheitsverband für das Baugewerbe“ vor kurzem eine „Massenversammlung“ einberufen. Dort sollte der 1. Vorsitzende dieser „Klassenorganisation“, Paul Schill, das Referat halten.

Kurz vor 8 Uhr betrat ich mit einem Freunde den Saal, und da sich unsere Angst, stehen zu müssen, als unbegründet erwies, setzten wir uns ganz vorn in die erste Reihe, da wir tatsächlich die Ersten waren. Nun waren wir mit dem Referenten ganz allein und sollten es auch den ganzen Abend bleiben, denn auch nicht ein einziger Bauarbeiter des Dorfes kam. Auf meine Aufforderung an Schill, die Versammlung zu eröffnen, meinte er, wegen zwei Mann könne er doch kein Referat halten. Schill hielt aber aus, und erst nach zwei Stunden verließ er im Schweiße seines Angesichts (er ist nämlich sehr dick und wird unter guten Freunden „Schweinsbode“ genannt) den Saal und wohl auch das unfreundliche Dorf. Ob er aber auch der Zentrals der R.P.D. diesen „Erfolg“ berichtet hat, ist ungewiß, da Schill gern renommieret.

Es wäre wirklich schade, wenn Schill dadurch in seinem Amtsgelände gehindert würde. Böse Zungen behaupten so schon, daß Schill seinen Rüststreiter und Genossen Reppschläger verdrängt habe und daß R. als Dozent in der russischen Handelsvertretung untergebracht und „warmgestellt“ sei.

Gewerkschaften in der Krise.

Die Steinarbeiter im Jahre 1930.

Dem Zentralverband der Steinarbeiter hat das Jahr 1930, wie aus seinem Jahrbuch hervorgeht, übel mitgespielt. 73 208 Mitglieder zählte der Zentralverband der Steinarbeiter im zweiten Quartal 1929; Ende 1929, als die Krise schon hereingebrochen war, musterte er nur noch 67 982 Mitglieder und zu Ende des Berichtsjahres 56 635. Damit hat diese Organisation wieder den Mitgliederstand erreicht, den 1920 die damals noch nicht vereinigten Verbände der Steinseher und Steinarbeiter hatten. Die Ursache dieses starken Mitgliederchwundes ist hier wie überall in der

außerordentlich starken Arbeitslosigkeit

zu suchen. Eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 47,6 Prozent der Mitglieder des Verbandes im Jahre 1930 mußte die Mitgliederbewegung zwangsläufig stark zuungunsten der Organisation beeinflussen.

Erfahrend sowohl für die Agitation wie auch hinsichtlich der ständigen Führungsnahme mit den einmal gewonnenen Mitgliedern wirkt gerade in dieser Organisation der Umstand, daß ungefähr die Hälfte der Mitglieder in Landgemeinden und nur je ein Viertel in Klein- und Großstädten wohnt. Aus dieser Tatsache erklärt es sich auch, daß nur etwas über die Hälfte der Jahrestellen, nämlich 410 mit 50 073 Mitgliedern einem Ortsausschuß des ZVB. zu Ende des Berichtsjahres angeschlossen waren, 382 Jahrestellen mit 17 909 Mitgliedern jedoch nicht.

Vielsach ist der Zentralverband der Steinarbeiter die einzige Organisation am Orte. Den zahlenmäßig und prozentual stärksten Anteil an der Gesamtmitgliedschaft stellt die Provinz Sachsen mit 13 818 Mitgliedern oder 21,66 Prozent der Gesamtmitgliedschaft; ihr folgt Niederschlesien mit 10 484 Mitgliedern oder 16,43 Prozent, das rechtsrheinische Bayern mit 7843 Mitgliedern oder 12,29 Prozent in allen anderen Ländern und Provinzen liegt der Anteil an der Gesamtmitgliedschaft unter 10 Prozent, zum Teil sogar unter 1 Prozent. Die finanzielle Entwicklung des Steinarbeiterverbandes wird schon dadurch gekennzeichnet, daß im vorigen Jahr die Einnahmen aus Beiträgen nur 1 449 501 M. betrugen gegen 2 115 782 Mark im Jahre 1929. Den Gesamteinnahmen von 1 971 673 M. steht eine Gesamtausgabe von 1 841 517 M. gegenüber, worunter

fast eine Million Mark für Unterstützungen.

Böden den gesamten Einnahmen wurden also 50,64 Proz. für Unterstützungen ausgegeben, während es im Jahre 1929 bei allerdings bedeutend höheren Einnahmen nur 38 Proz. waren.

Den Vorständen der Unternehmer auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet konnte die Organisation infolge des ungeheuren Krisendruckes nicht immer erfolgreich begegnen. Auch die Zahl der Bewegungen ist unter diesen Umständen gegen 1929 zurückgegangen. Ingesamt wurden 110 Lohnbewegungen geführt für 54 394 daran beteiligte. Für 1354 Berufsangehörige wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2,88 M. pro Kopf und Woche erzielt und für 43 553 Berufsangehörige ein Lohnabbau von durchschnittlich 3,98 M. pro Kopf und Woche abgewehrt. Für 7223 Berufsangehörige konnten zwar die Lohnabbauwünsche der Unternehmer eingedämmt, aber nicht gänzlich zurückgewiesen werden. Sie mußten einen Abbau ihrer Löhne um durchschnittlich 2,84 M. in Kauf nehmen. Diese lohnpolitische Bilanz zeigt, wie nützlich gerade in Krisenzeiten eine starke Organisation ist, wenn ihre Erfolge in solchen Zeiten größtenteils auch nur in der Abwehr der Unternehmerforderungen bestehen.

Tarifabschluss im Baugewerbe.

Für die bisher tariflose Bohngestalt des Baugewerbes Mittel-Landberg, Strausberg, Kallberge und Rittenswalde hat der Schlichter für Brandenburg am Montag einen bindenden Schiedsspruch gefällt. Die Löhne wurden in der Lohngruppe I für Facharbeiter auf 1,33 M. und für Tiefbauarbeiter auf 81 Pf. festgesetzt. Für die Lohngruppe II sowie für Rittenswalde beträgt nach diesem Schiedsspruch der Facharbeiterlohn 1,30 M. und der Tiefbauarbeiterlohn 81 Pf. Die übrigen Löhne errechnen sich nach einem vereinbarten Schlüssel. Die Arbeitsbedingungen richten sich nach dem Reichstarifvertrag für das Baugewerbe und dem Bezirksstarifvertrag für Groß-Berlin, wonach dem Stundenlohn noch eine Werkzeugszulage von 1 Pf. je Stunde hinzuzurechnen ist. Auch die Urlaubs- und sonstigen Arbeitsbedingungen werden durch den Schiedsspruch den Berliner Verhältnissen angepaßt, was insofern von großer Bedeutung ist, als sowohl der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe wie auch der Bezirksstarifvertrag für Groß-Berlin vom Arbeitsministerium noch nicht für verbindlich erklärt ist.

Lohnabbau auch in Belgien?

Die belgischen Sechenbesitzer haben das bestehende Lohnabkommen zum 1. September gekündigt. Obwohl die Löhne seit Anfang des vergangenen Jahres um 19 Proz. herabgesetzt wurden, wollen die Unternehmer jetzt eine neue Reduzierung von 5 Proz. durchsetzen. Durch die protektionistischen Maßnahmen Frankreichs hat sich die Lage in der belgischen Bergwerksindustrie sehr verschlechtert. Die belgische Kohlenaufuhr ist um zwei Millionen Tonnen zurückgegangen. Die Vorräte belaufen sich im Augenblick auf über 12 Millionen Tonnen. Die belgische Regierung hat bereits den Versuch gemacht, in Deutschland die gleiche Menge von drei Millionen Tonnen abzulefen, die Deutschland nach Belgien ausführt. Wenn dies nicht gelingt, wird die belgische Regierung die Einfuhr von Auslandskohle nach Belgien verbieten.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperrung über die Holzfirma Gregor, Baustelle Holzmann-Südende, ist hiermit aufgehoben. Bauergewerkschaft Berlin, Jahrgruppe der Holzer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Berlin, 19. März, gegen die Gruppen: Altsiedel: Jugendheim Grünauer Straße 3 (Nähe Bahnhof Spandauer), „Die Arbeiter-Zeitung“ — Gesamtbeirats: Jugendheim Rote Straße, Antonienplatz Str. 2, Heimbesprechung. — Schönhauser See: Jugendheim Rudow 18 (Neuwerkhauser). Der Sinn der Wirtschaft aber was ist Wirtschaft? — Kämpferei: Grünhauser. Engeln-Germaniastr. 4-6. Kleine Kasseien. (Die Wirtin hat abgemittelt.) — Südhafen: Reichensberger Str. 66 (Neuwerkhauser). Heimbesprechung. Wunter Alben. — Hasel: Jugendheim Kottbus Str. 18-19, Heimbesprechung. — Gärten: Jugendheim der 17. Volkshilfe, Gartenhülfe, Rittenswalde, Heimbesprechung. — Neu-Steinbecker: Jugendheim Gärtenstr. 44. Ein Tag in Paris. — Sandhäger Weg: Gruppenheim Dierlmannstr. 5, Heimbesprechung. — Wittenberg: Jugendheim Gärtenstr. an der Poststraße, Anti-Kriegsabend. — Jugendgruppe des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes: 13 Uhr. Gezeiten im Treppenturm Park. — Jugendgruppe des Verbandes der Holzgewerkschaften und Holzarbeiter: Gärtenstr. 18, Heimbesprechung und Dierlmannstr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Berlin, 19. März, folgende Veranstaltungen: Bauarbeiter-Heimbesprechung: Jugendheim Gärtenstr. 18 (große Zimmer), Heimbesprechung. Wir treffen uns vor dem Jugendheim. — Eltern: Jugendheim der Schule Platz der Straße 18, Berlin. Kisten für Kisten. — Kämpferei: Jugendheim der Schule Wittenbergstr. 18 (Zugang von der Gärtenstraße in Treppenturm). Heiterer Abend. — Wittenberg-Kasseien: Wir besuchen die Veranstaltung des Wittenbergstr. — Rote Kasseienstr. e. G. m. H. G. Gärtenstr. von 20 bis 22 Uhr im Landhaus. — Spiele im Freien ab 19 Uhr Gärtenstr. Jungensklub. Sporttag Sandhäger, im Schillerpark und ab 18 Uhr Gärtenstr. Treppenturm.

Dr. Dietrich und das Varieté.

Wie der Reichsfinanzminister und Vizekanzler Politik macht.

„Das Organ der Varietéwelt“, offizielles Fachblatt und Zentralblatt des gesamten Vergnügungsgewerbes, gibt in großer Aufmachung eine Unterredung wieder, die der Reichsfinanzminister am Sonntag mit Vertretern des Reichstages des selbständigen Mittelstandes und Vertretern des Vergnügungsgewerbes hatte. Wir erfahren aus dem Bericht des offiziellen Verbandsorgans, an dessen Zuverlässigkeit zu zweifeln wir keinen Grund haben, daß der Reichsfinanzminister bei dieser Gelegenheit in überraschend billiger und auch unfaire Weise Angriffe gegen die Kommunen richtete.

Nach dem Bericht hat Dr. Dietrich erklärt, daß seiner Meinung nach die Kommunen sowohl ohne Vergnügungssteuer als ohne Gemeindegetränksteuer auskommen könnten, wenn sie sich der Sparfameit mehr als bisher beseelig würden! Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, daß nach Meinung des Reichsfinanzministers die Kommunen, die infolge der großen Steuerausfälle, der steigenden Wohlfahrtslasten in diesem Jahr — trotz rückwärtsloser Einschränkungen und Abbaumaßnahmen — auf Steuerquellen in Höhe von rund 150 Millionen Mark im Jahr verzichten sollen. Dabei handelt es sich um Steuern, die wie die Gemeindegetränksteuer, den Kommunen vom Reich auferlegt wurden und zu deren voller Ausschöpfung sie gezwungen sind.

Für die Stadt Berlin hatte der Reichsfinanzminister ein besonderes Trapeziumstück auf Lager. „Wenn die Stadt Berlin beispielsweise ihr Budget nur um 20 Proz. sparsamer gestaltet hätte, so brauchte sie keine Getränke- und Vergnügungssteuer zu erheben“. Die Stadt Berlin kann allerdings mit einem Schlag ihr Budget um fast 20 Proz. sparsamer gestalten, wenn sie z. B. keine Wohlfahrtsunterstützung mehr zahlen würde. Vergnügungssteuer und Gemeindegetränksteuer dürften allerdings bestenfalls dazu ausreichen, die Aufwendungen für Wohlfahrtsverbände der Stadt Berlin von 5 auf 6 Wochen zu decken. Hier ist wohl dem Herrn Reichsfinanzminister oder dem berichterstattenden Verbandsdirektor des Vergnügungsgewerbes mindestens ein Irrtum unterlaufen.

Wir erfahren ferner, daß der Minister die Betätigung der öffentlichen Hand als einen Krebschaden bezeichnet, hören ferner mit Erstaunen, daß der Berliner Oberbürgermeister Sahm bei seinem Amtsantritt ihm versprochen habe, die etwa 120 Gesellschaften der Stadt Berlin ihrer Auflösung entgegenzuführen, aber sein Versprechen nicht gehalten habe und daß Dr. Dietrich in Zukunft sein Augenmerk auf die Kredit- und Pumpwirtschaft der Gemeinden richten werde u. a. m.

Trotz der hohen Stellung des Herrn Dr. Dietrich ist es überflüssig, uns in diesen ernsten Tagen mit derartig haltlosen und ungerechtfertigten Angriffen auseinanderzusetzen. Herrn Dr. Dietrichs Vorgehen trägt seine Kritik in sich selbst.

Nationalbolschewismus in Reinkultur.

Kommunistische Partei als Kriegstreiber.

Die kommunistische Propaganda verbreitet unter dem Titel „Ermachendes Volk“ eine Broschüre, die zur Agitation unter den Nationalisten bestimmt ist. Diese Broschüre enthält Briefe des Rentnants Scheringer, der seinerzeit wegen nationalsozialistischer Hochverrats zu Festung verurteilt wurde und sich dann der kommunistischen Partei angeschlossen hat.

Mit Hilfe dieser Briefe versucht die kommunistische Partei Profetien bei den Nationalisten zu machen. Sie läßt sich durch Scheringer vorstellen als echte Kriegspartei, die nichts dringender wünscht als den Krieg gegen Frankreich. So schreibt Scheringer in einem seiner Briefe an einen Generalleutnant a. D.: „Es gilt die revolutionären Kräfte des Volkes zu sammeln, die Armee der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu formieren und den Befreiungskrieg über die Trümmer der Weimarer Republik nach Westen zu tragen.“

In einem Brief an ein junges Mädchen heißt es weiter: „Der gewaltsame Weg führt allerdings über den Bürgerkrieg, denn es werden sich immer Lordsrechte finden, die das bestehende System, ohne dessen Sturz wir nicht frei werden können, mit der Waffe in der Hand verteidigen. Unsere Aufgabe muß zunächst darin bestehen, mit aller Energie die Frage in den Vordergrund zu stellen: „Kann ein ehrlicher Deutscher es verantworten, auf seine Volksgenossen zu schießen, wenn diese den revolutionären Krieg über die Trümmer des herrschenden Systems gegen die kapitalistischen Westmächte tragen?“

Schließlich in einem Brief an einen zur zweiten Torpedohalbflottille Swinemünde gehörenden Oberleutnant zu See: „Rein militärisch ist ein Krieg gegen die Westmächte nur im Bunde mit der Sowjetunion zu führen. Da sich in der KP.D. immer mehr aktive Massen des Proletariats und des Mittelstandes sammeln, da hier eindeutig gegen das kapitalistische System für die Revolutionierung und Bewaffnung der Arbeiterschaft und für den revolutionären Krieg gegen die Westmächte gekämpft wird, da ferner die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in diesem Kampf sichergestellt ist, habe ich mich entschlossen, den roten die Hand zu bieten.“

Das ist der echte Nationalbolschewismus! Die Kommunisten zeigen sich mit dieser Propaganda als gewissenlose Chauvinisten und Kriegsbeher, die den rechtsradikalen Kriegsparteien von rechts, Stimmung für einen kommenden Weltkrieg im Volke zu schaffen und eine überaus gefährliche Kriegspolizei zu erzeugen.

Das Nachspiel.

Urteil im Geesbachtter Kommunistenprozess.

Hamburg, 5. August.

In dem seit dem 16. Juli in Hamburg verhandelten Prozeß wegen der schweren politischen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei anläßlich einer nationalsozialistischen Versammlung in Geesbacht am 26. Januar, die zwei Todesopfer und mehrere Verletzte forderten, wurde am Mittwoch das Urteil verkündet. 14 Angeklagte wurden freigesprochen, sechs Angeklagte wegen Beteiligung an einem Kaufhandel in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu sechs bzw. sieben Monaten Gefängnis verurteilt, ferner 13 Angeklagte ebenfalls wegen Beteiligung an einem Kaufhandel, aber in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Aufruhr zu sieben bis zwölf Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte erhielten wegen Waffenbesitzes noch eine Zusatzstrafe. Der Antrag des Angeklagten Webers auf Erstattung der Verteidigungskosten wurde abgelehnt. Das Gericht war der Überzeugung, daß es sich bei den Vorgängen um einen planmäßig vorbereiteten Angriff gehandelt hat.

Vor dem Haager Gerichtshof wurden die Wäbörers wegen der deutschösterreichischen Zollunion abgeschlossen. Die Erstattung des Gutachtens an den Völkerbundrat erfolgt in einigen Wochen.

Deutsch-evangelische Heimstätten-Gesellschaft.



„Was jammert Ihr, Ihr lieben evangelischen Bausparer, daß wir Euer Ersparnis vergeudet haben? Stehet doch geschrieben: Ihr sollt nicht Schätze sammeln, die der Rost frißt und die Motten nagen!“

Demokratisierung der Wirtschaft.

Fritz Kaphali vor den Betriebsfunktionären.

In einer Konferenz der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre sprach gestern in der Rufstufen Genosse Fritz Kaphali über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands.

Kaphali wies einleitend nach, daß die schweren Krediterschütterungen der letzten Wochen die deutsche Krise aus dem allgemeinen Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise herausgerissen und einen Krisenherd ganz besonders schwerer Art aufgetan hätten. Die Ursachen, die zu der Katastrophe im Juli geführt haben, sind verschiedener Art. Wesentlich mitgewirkt hat die Tatsache, daß in Deutschland, als einem Lande des Kapitalbedarfs, die gefährlichen kurzfristigen Kredite auf Kosten der ungefährlichen langfristigen Kredite bei weitem überwiegen. Diese für die Gesamtwirtschaft schwerwiegende Tatsache ist im wesentlichen auf die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht zurückzuführen, dessen Politik auf schärfste Drohung langfristiger Anleihen für öffentliche Wirtschaft eingestellt war.

Wie leicht politische Momente auf die Kreditwirtschaft eines Landes einwirken, ließen bereits die Vorgänge im Frühjahr 1929 anläßlich der Pariser Young-Verhandlungen erkennen.

Eine mächtige Welle der politischen Beunruhigung setzte dann unmittelbar nach den Septemberwahlen ein, die damals bis zum November 1930 durch Kreditabruce und Kapitalflucht die Reichsbank etwa anderthalb Milliarden Gold und Devisen kostete.

Innen- und außenpolitische Maßnahmen haben auch bei den Krediterschütterungen, deren Folgen zur Zeit noch nicht überwunden sind, wesentlich mitgespielt. Ganz besonders hat die Räteregierung der Reichsregierung vom 3. Juni, die einen Sturm der Entrüstung in ganzen Lande hervorrief, starke politische Beunruhigung außerhalb Deutschlands hervorgerufen. In diese Tage spielte der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt, die für Deutschland annähernd die gleiche Bedeutung hat wie für die deutsche Wirtschaft die vier größten Banken zusammengekommen. Der verheerende Eindruck dieses Zusammenbruchs im Auslande wirkte unmittelbar auf Deutschland zurück. Der einmal in Fluß gekommene Run des ausländischen Kapitals aus Deutschland heraus ließ sich bei dem ausgekommenen Mißtrauen nun nicht mehr aufhalten, auch nicht, als der Hoover-Plan im Augenblick seiner Erklärung eine gewisse Beruhigung schuf.

Im Gegenteil verstärkte sich die Flucht des kurzfristig angelegten ausländischen Kapitals

durch die Zusammenbrüche großer deutscher Unternehmungen

in einem derartigen Maße, daß die führenden deutschen Banken in ernsteste Schwierigkeiten gerieten, die schließlich ihren Ausdruck in der Zahlungseinstellung der Danabank fanden. Daß es überhaupt bis zur Zahlungseinstellung gekommen ist, stellt zweifellos ein schweres Verschulden der anderen Großbanken dar, die jede Solidarität und jeden wirtschaftlichen Beistand vermissen ließen. Man muß sich darüber klar sein, daß der jetzige 15prozentige Diskontsatz, den die Reichsbank zum Schutz gegen Kreditmißbrauch festgesetzt hat, eine sehr schwere Belastung bedeutet, denn dieser Dis-

kont heißt, daß die Wirtschaft zum mindesten 17 bis 18 Proz. Zinsen zahlen muß.

Es ist damit zu rechnen, daß Zusammenbrüche und demzufolge zahlreiche Entlassungen in den nächsten Wochen eintreten werden.

Es ist aber notwendig, die Folgen der Krediterschütterung ganz klar zu erkennen. Nur so wird man den Attentaten, die jetzt schon wieder von Unternehmertreibern gegen Löhne und Sozialleistungen vorbereitet werden, den notwendigen organisatorischen Widerstand entgegensetzen können.

Schwerste Kämpfe stehen bevor. Auch das Ringen zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft ist wieder in vollem Gange. Dies zeigte besonders die unerhörte Bevorzugung der Privatbanken gegenüber den Sparkassen, für die erst jetzt nach langem Ringen die Zahlungsstogabe für die nächste Woche angekündigt ist. Wir sind damit einverstanden, daß der Staat die Banken frägt und einen Zusammenbruch verhindert.

Die Wirtschaft im großen kann heute niemals mehr Privatsache einiger Generaldirektoren sein, denn es hängen die Existenzen von Hunderttausenden daran.

Man muß aber die Konsequenz aus der staatlichen Hilfsaktion ziehen, und die alte Unternehmerphrase „Wer das Risiko trägt, muß auch die wirtschaftliche Führung haben“ unter allen Umständen heute gegen das Privatunternehmertum anwenden. Daher der scharfe Kampf der Sozialdemokratie und Gewerkschaften um die Reichskontrolle bei den Banken, Monopolen und Trusts. Das nicht erreichbare Ziel muß die Bankenkontrolle und damit die planmäßige Lenkung des Kapitalstroms in der Wirtschaft sein. Diese öffentliche Kontrolle ist nach kein Heilmittel, aber sie kann

wesentliche Stützpunkte für eine Demokratisierung der Wirtschaft abgeben.

Tarnows Wort von Leipzig „Erbe und Art des Kapitalismus“ findet jetzt seine Bestätigung. Es gilt die private Wirtschaft Schritt für Schritt einer entschlossenen öffentlichen Leitung zu unterstellen und neue Formen zu schaffen, um aus der kapitalistischen Wirtschaft ohne die Zwischenstufen des völligen Zusammenbruchs in eine öffentliche sozialistische Wirtschaft hinüberzutreten. Das aber sind ärztliche Maßnahmen. Das Unglück der gegenwärtigen Situation ist, daß im Augenblick der schwersten Kämpfe die Arbeiterschaft durch die Spaltung in ihrer Aktionskraft gebremst wird, und daß die Kommunisten in dieser Zeit nicht anderes zu tun haben, als mit den schärfsten Klassenfeinden der Arbeiterschaft zusammenzugehen.

Es gilt, den Kampf mit der größten Leidenschaft für die Tagesziele um Löhne und soziale Erzeugnisse, wie um die weitgesteckten Ziele der Staatskontrolle zu führen, und alle Kampfziele sind mit dem einen großen Ziel zu verbinden, daß diejenigen das Ruder in die Hand nehmen, die in der Wirtschaft das wahre Risiko zu tragen haben, und dieses Risiko tragen die breiten Massen und der Staat. (Lebhafte Beifall.)

Darauf begann die Diskussion, die bei Reaktionschluß noch anhält.

In Köln wird nicht mehr gebaut.

Städtische Bauten eingestellt.

Der Kölner Oberbürgermeister hat mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß alle Bauten und baulichen Arbeiten der Stadt Köln, soweit sie nicht zu den laufenden Unterhaltsarbeiten gehören, sofort einzustellen sind. Von der Anordnung werden insbesondere betroffen alle Hochbauarbeiten, einige Schulen, die Universitäts-, Straßenbauten, Kanalbauten und gärtnerische Anlagen.

Unwetterkatastrophe in Rußland.

Im Tschütschewskobezirk in Mittelrußland richtete ein folgenschweres Unwetter schweren Schaden an. Ein in das Unwettergebiet entsandter Regierungsausschuß stellte fest, daß bei dem Unwetter 58 Personen getötet worden sind.

24 Häuser wurden vom Wirbelsturm völlig zerstört. Ueber 1200 Menschen sind obdachlos geworden, viel Vieh ist umgekommen. Sehr groß ist auch der Schaden in den Wäldern. Die Ledachlöcher sind vorläufig in Kasernen untergebracht worden.

Ludendorffs „Volkswarte“ verboten. Die in München erscheinende, von Ludendorff herausgegebene „Volkswarte“ wurde am Mittwoch wegen eines Artikels, der sich mit Reparationsfragen beschäftigt, von der Polizeidirektion München bis einschließlic 26. August dieses Jahres verboten.

Sprague bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing die beiden ausländischen Sonderbeauftragten Professor Sprague (amerikanischer Berater der Bank of England) und den Bankier Ballenberg (Schweden), welche die Reichsregierung in der letzten Zeit mit ihrem Rat unterstützt haben, in einer längeren Audienz.

